



FIGU - ZEITZEICHEN

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse



Erscheinungsweise:
Zweimal monatlich

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

5. Jahrgang
Nr. 132, Dez./2 2019

Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw., müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit «Lehre der Wahrheit, Lehre des Geistes, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäußerten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

"Für wie blöd hält die US-Regierung die Welt?" – Todenhöfer über Öltanker-Angriff des "Iran"

Sott.net So, 16 Jun 2019 14:13 UTC



Der investigative Journalist Jürgen Todenhöfer hat die neuesten bizarren Versuche der US-Regierung, dem Iran einen Angriff auf zwei Öltanker unterzuschreiben, folgendermassen zusammengefasst.



Jürgen Todenhöfer ✓
am Donnerstag

Ausgerechnet heute, wo sich Japans Ministerpräsident mit der Führung des Iran trifft, wurde u.a. ein japanischer Tanker vor der Küste des Iran angegriffen.

Und wir sollen jetzt glauben, der Iran sei so dumm, diese Attacke ausgeführt zu haben?

Für wie blöd hält die amerikanische Regierung die Welt?

JT

Irankrise: WIRD AB MORGEN „ZURÜCKGESCHOSSEN“?

Es ist der älteste und mieseste Trick aller Kriegstreiber: Sie arrangieren über Mittelsmänner, dass sie oder ihre Verbündeten „beschossen“ werden. Oder sie täuschen eine solche Beschießung vor. Um endlich „zurückschießen“ zu können und das als „Verteidigung“ darstellen zu können.

Ich hoffe, die Bundesregierung wird alles tun, damit die Welt nicht wieder in einen Krieg hineingelogen wird. Wenn es doch dazu kommt, hat sie die Pflicht... [Mehr anzeigen](#)

👍 9.210 💬 896 ➦ 9.164

Die nicht enden wollende Anzahl an Versuchen wie diesem hier, mit Hilfe von Angriffen unter falscher Flagge Kriege vom Zaun zu brechen, ist ein Steckenpferd der USA und insbesondere der israelischen Interessen innerhalb dieses Imperiums. Mittlerweile haben derartige Versuche der Amerikaner fast schon die Züge von schlechten Comics angenommen. Diese Vorwürfe sind an Absurdität fast nicht mehr zu

übertreffen, dennoch scheint die US-Elite es fertig zu bringen, diesem grotesken Geschehen immer wieder einen drauf zu setzen.

Todenhöfer spricht hier zu Recht von dem ältesten und miesesten Trick aller Kriegstreiber.

Die USA werfen dem Iran vor, für die mutmasslichen Angriffe auf zwei Tanker im Golf von Oman verantwortlich zu sein und legen ein Video als Beweis vor. Der Iran streitet eine Beteiligung ab und spricht von haltlosen Vorwürfen. Nahostkenner Jürgen Todenhöfer vermutet hinter den Vorwürfen den "ältesten und miesesten Trick aller Kriegstreiber".

"Es ist der älteste und mieseste Trick aller Kriegstreiber", schreibt der Publizist und Nahostexperte auf Facebook. "Sie arrangieren über Mittelsmänner, dass sie oder ihre Verbündeten 'beschossen' werden. Oder sie täuschen eine solche Beschiessung vor. Um endlich 'zurückschiessen' zu können und das als 'Verteidigung' darstellen zu können."

~ [Sputnik](#)

Todenhöfer stellt auch fest, dass es einige Länder gibt, die aus diesem Angriff einen Nutzen ziehen könnten und deshalb Motive dafür hätten.

Unter diesen Ländern ist der Iran natürlich nicht zu finden.

Quelle: <https://de.sott.net/article/33534-Fur-wie-blod-halt-die-US-Regierung-die-Welt-Todenhof-uber-Oltanker-Angriff-des-Iran>

John McAfee droht US-Regierung mit Korruptionsleak: "Ich werde euch begraben, wenn ihr mich nicht in Ruhe lasst"

Sott.net Mo, 17 Jun 2019 17:36 UTC



© Reuters / Darrin Zammit Lupi

Nur gut gebrüllt, Löwe? Der Programmierer John McAfee - gleichgestellt mit dem Antivirenprogramm McAfee - [drohte](#) der amerikanischen Regierung, sie zu begraben, wenn sie ihn weiter belästigt. Er drohte damit, dass er sensible Daten über die Regierung veröffentlichen möchte, die die Korruption aufdecken. McAfee gab dabei zu seinem Besten:

Für meine Anhänger: Meine letzten Tweets sind weniger für dich als für meine Verfolger. Es sind Schüsse vor den Bug – lasst mich in Ruhe, oder geht mit der Korruption unter, die ihr verursacht habt, denn ich werde euch verdammt nochmal begraben, wenn ihr weitermacht. Wenn ihr an mir zweifelt, ist das euer verdammtes Risiko.



McAfee gibt dann in weiteren Tweets bekannt, dass er 31 Terabyte an Daten gesammelt hat, die offenlegen, wie korrupt die amerikanische Regierung ist. Dabei würde er auch Namen nennen. Der Grund für diese Äußerungen ist der, dass McAfee seit vielen Jahren keine Steuern in den USA zahlt, weil sie aus seiner Sicht illegal sind.

Die Aussagen sind schön und gut, doch warum gibt er die Daten nicht aus freien Stücken bekannt – oder nur Teile davon? Warum muss ihm erst etwas passieren, damit er die Korruption in den USA offenlegen kann? Wenn er Angst hat, dann ist das in Anbetracht von Julian [Assanges](#) Festnahme begründet.

Quelle: <https://de.sott.net/article/33538-John-McAfee-droht-US-Regierung-mit-Korruptionsleak-Ich-werde-euch-begraben-wenn-ihr-mich-nicht-in-Ruhe-lasst>

Gerhard Schröder spricht sich für Legitimation der russischen Krim aus

Sott.net Di, 18 Jun 2019 17:18 UTC



© AFP 2016/ MAURIZIO GAMBARINI / DPA / AFP **Altkanzler Gerhard Schröder**

Der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder äusserte sich erneut geistesgegenwärtig zu Russlands Aussenpolitik. Schröder sagte vor einem Unternehmertreffen in Brandenburg und als Vertreter von Rosneft Folgendes:

"Die Krim ist altes russisches Territorium", sagte Schröder dem Bericht zufolge. Zu Sowjetzeiten "war es egal, wo die Krim territorial aufgehoben war. Jetzt aber nicht mehr", sagte der 75-Jährige mit Blick auf die Schenkung der Krim an die Ukraine durch Nikita Chruschtschow im Jahr 1954.

[...]

Schröder sagte, man könne auch die juristische Auffassung vertreten, die Abtrennung sei durch die Bevölkerung genehmigt worden und keine aggressive Handlung gewesen.
- n-tv.de

Es ist immer wieder erhellend Stimmen zu hören, die nicht den Unfug unserer Medien wiedergeben, sondern bei der Wahrheit bleiben. Die Äusserungen von Schröder geschehen laut n-tv bewusst, weil bald Wahlen in Brandenburg stattfinden.

Unter anderem haben bereits Sachsens und Thüringens Ministerpräsident sich für eine Annäherung an Russland ausgesprochen und dass die Sanktionen gegen Russland aufgehoben werden sollen.
Quelle: <https://de.sott.net/article/33540-Gerhard-Schroder-spricht-sich-fur-Legitimation-der-russischen-Krim-aus>

Konflikte Made in USA – aber der angeblich friedlichste Schurkenstaat weltweit!

4.87/5 (15) 16/06/2019 15/06/2019 NPR.NEWS



So sieht das zumindest der „Global-Peace-Index“ Die USA die Braven, Russland die Bösen. Gerade aktuell schiebt die USA dem Iran den Angriff auf Öltanker in die Schuhe. Betrachtet man die Vergangenheit so waren es die USA, die nun „Haltet den Dieb“ schreien. Eine durchwegs gängige Praxis der amerikanischen Aussenpolitik.

In der aktuellen Situation USA gegen IRAN ist es durchaus interessant, was Noam Chomsky in seinem Buch „Der gescheiterte Staat“ (er meint damit die USA) darüber schreibt. Vorweg noch eine Äusserung von Donald Trump, der sagte:

„Der Iran hat es getan“

US-Präsident Donald Trump hegt keinen Zweifel, dass Teheran hinter den Angriffen auf die Öltanker steckt: „Der Iran hat es getan.“ Auf die Frage, wie man Teheran stoppen könnte, antwortete Trump: „Wir werden sehen. Ich will dieses Land nicht verletzen, aber sie dürfen keine Atomwaffe haben. So einfach ist das.“

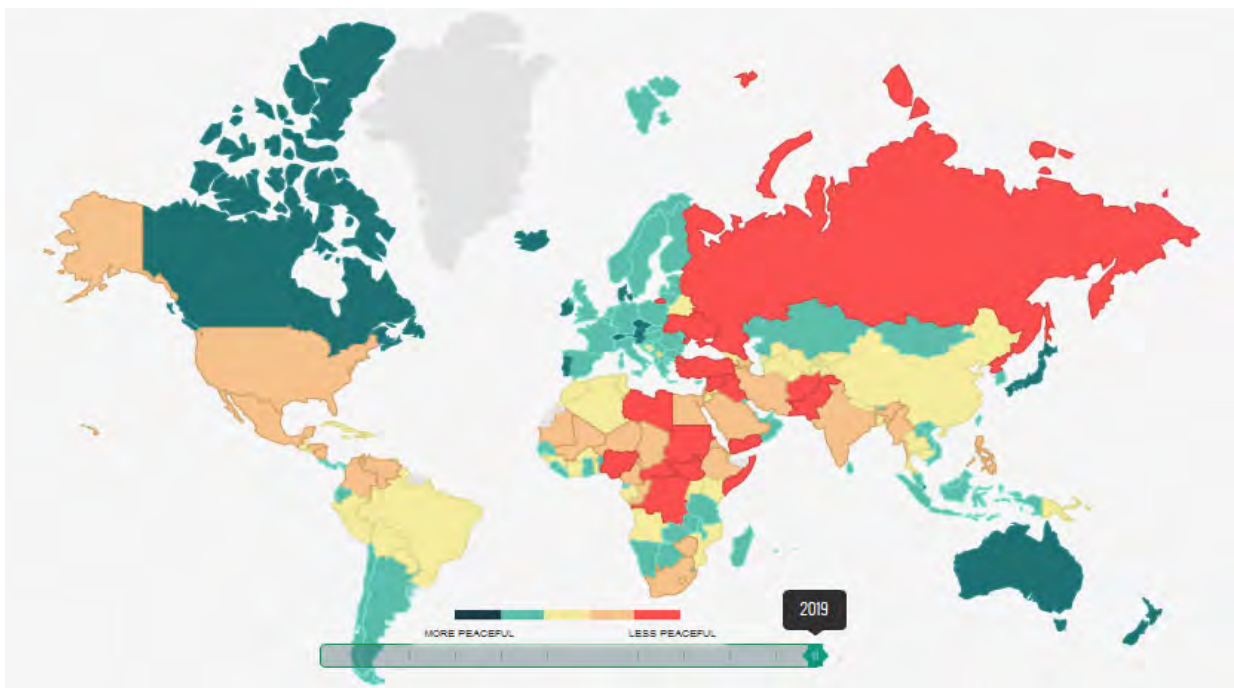
Chomsky ist einer der schärfsten Kritiker der amerikanischen „Aussen“-Politik. In seinem Buch das 2006 erschien schreibt er:

Washingtons Vorwürfe an den Iran, ein Atomwaffenprogramm zu verfolgen, mögen zutreffen. Wie viele Analytiker feststellten, wäre es geradezu seltsam, wenn er das nicht täte. So schreibt etwa der israelische Militärhistoriker Martin van Creveld, einer der vielen, die meinten, die Invasion des Irak habe die Gefahr der Weiterverbreitung von Atomwaffen erhöht: „Die Welt war Zeuge, wie die Vereinigten Staaten den Irak ohne jeden Grund, wie sich herausstellte, angegriffen haben. Die Iraner wären verrückt, wenn sie nicht versuchen würden, Atomwaffen zu bauen.“ Washington scheute schliesslich keine Kosten und Mühen, um den Iran davon zu überzeugen, dass er ein wirksames Abschreckungspotenzial benötigt. Das hat nicht nur die Invasion im Irak deutlich gemacht, sondern auch die Stärkung der Offensivkraft seines israelischen Vasallen, der bereits über hunderte Nuklearwaffen sowie über Luftstreitkräfte und Panzertruppen verfügt, die grösser und moderner sind als die jedes NATO-Staates, ausgenommen die USA. Seit Anfang

2004 haben die Vereinigten Staaten so viele Kampfflugzeuge modernster Bauart an Israel geliefert wie nie zuvor. Die Flugzeuge, von denen es ganz unverhohlen heisst, sie könnten ohne weiteres den Iran bombardieren, sind mit nicht näher angegebenen „Spezialwaffen“ und so genannten Deep-Penetration-Bomben bestückt.

Das Säbelrasseln Washingtons ist wahrscheinlich noch kein Zeichen für einen bevorstehenden Krieg. Es wäre unsinnig, einen Angriff Jahre im Voraus anzukündigen. Vielleicht steckt die Absicht dahinter, die iranische Führung zu einer repressiveren Politik zu provozieren, dadurch innere Unruhen zu schüren und somit den Iran so sehr zu schwächen, dass die Vereinigten Staaten ein militärisches Vorgehen wagen könnten. Ausserdem käme dies Washington in seinen Bemühungen entgegen, Druck auf seine Verbündeten auszuüben, sich an der Isolierung des Iran zu beteiligen. Letzteres hat es bereits erreicht. Aus Angst vor Sanktionen der US-Regierung oder anderen Folgen eines Handelns, an dem „die Vereinigten Staaten Anstoss nehmen“ könnten, haben grosse europäische Unternehmen wie Thyssen-Krupp und der britische Ölgigant BP bereits umfangreiche Investitionsprogramme im Iran gestoppt. Und Japan hat angeblich auf Druck der USA seine Pläne zur Erschliessung eines riesigen Ölfelds im Iran zurückgezogen. Doch vor dem Hintergrund weltpolitischer Entwicklungen auf breiterer Ebene mangelt es dem Iran nicht an Alternativen, worauf ich im Nachwort noch zu sprechen kommen werde.

McGwire zählt die Gründe auf, warum der Iran angesichts der feindseligen Massnahmen und Drohungen Washingtons sowie seiner Einkreisung durch die Weltsupermacht, ihre mächtigen Vasallen und andere Atomwaffenstaaten höchstwahrscheinlich ein nukleares Abschreckungspotenzial entwickeln wird. Wenn Logik und moralische Grundprinzipien etwas zählten, müssten die Regierungen der USA und Grossbritanniens sowie die Befürworter ihrer Doktrin des „Präventivschlags“ eigentlich den Iran auffordern, ein atomares Abschreckungspotenzial aufzubauen. Dass der Iran einen Atomkrieg beginnen würde, ist kaum anzunehmen, es sei denn, er beabsichtigt, unverzüglich Selbstmord zu begehen. Zweifellos sieht sich der Iran Bedrohungen durch die USA und Israel ausgesetzt, die weitaus ernster und unmittelbarer sind und unverblümt formuliert werden als alles, was Washington oder London als Bedrohung ihrer eigenen Sicherheit vorbringen. Natürlich hofft jeder vernünftige Mensch, dass Mittel und Wege gefunden werden, den Iran von der Entwicklung eines Atomwaffenprogramms abzuhalten. Wenn dies das Ziel wäre, wäre ein vernünftiger Weg dahin, ElBaradeis Vorschläge ernst zu nehmen und die Drohungen gegen den Iran zu reduzieren statt zu steigern, die, nach amerikanischen und britischen Massstäben, das Land voll und ganz berechtigen würden, ein atomares Abschreckungspotenzial zu entwickeln – und noch viel mehr. Häufig heisst es, dass Ähnliches auch für Nordkorea gilt. Laut dem südkoreanischen Präsidenten Roh Moo-hyun „beteuert Nordkorea, sein atomares Potenzial diene der Abschreckung gegen Angriffe von aussen. In diesem speziellen Fall stimmt das tatsächlich, und es ist nicht zu leugnen, dass Nordkoreas Behauptungen ziemlich vernünftig klingen.“



Der US-Heiligenschein leuchtet als **More Peacefull** (friedlicher) wohingegen Russland knallrot **Less Peacefull** weniger friedlich sein soll.

Screenshot: [Global Peace Index 2019](#)

Quelle: Noam Chomsky „Der gescheiterte Staat“ Seiten 100 und 101. Deutsche Ausgabe Verlag Antje Kunstmann, München 2006, ISBN 3-88897-452-6

Quelle: <https://npr.news.eulu.info/2019/06/16/konflikte-made-in-usa-aber-der-angeblich-friedlichste-schurkenstaat-weltweit/>

Das Gespenst der Multipolarität Was den Westen wirklich an Russland stört

Von REINHARD LAUTERBACH | Veröffentlicht vor 3 Tagen in: Weltpolitik



Kreml, Moskau

Es ist ein Mechanismus, nach dem man mittlerweile die Uhr stellen kann: Sobald im politischen Betrieb des Westens etwas tatsächlich oder nach dem Ermessen wichtiger Interessengruppen schief läuft, dauert es nur Stunden, bis der erste Verdacht gegen Russland oder China geäußert wird. Ob in den USA der aus Sicht von Teilen des Establishments falsche Präsident wird oder in Berlin irgendwelche Privatdaten von Politikern geleakt werden, stereotyp heißt die Devise: *Cherchez le Russe*. Und auch wenn – im letzteren Fall – ein zwanzigjähriger Nerd aus Mittelhessen als Urheber ermittelt wird, ist es wie in Lessings Nathan: Wenn man ihnen dieses Mal nichts hat nachweisen können, dann eben beim nächsten Mal.

Natürlich ist es unmittelbar nicht falsch zu sagen, so gehe eben Feindbildpflege, und natürlich kann man die Infamien und Lächerlichkeiten, zu denen sich diese Feindbildpflege versteigt, im laufenden Betrieb kritisieren oder dem Spott preisgeben. Nur erklärt das nicht, warum es genau dieses Feindbild ist und kein anderes. Hierzu nachstehend ein paar Überlegungen.

Was stört den Westen NICHT an Russland?

Ganz sicher nicht die Systemfrage. Die ist seit 1991 erledigt, als die Sowjetunion ihren konkurrierenden Gesellschaftsentwurf aufgab und sich der allein selig machenden Lehre des Kapitalismus anschloss. Russland wollte sich in den Weltkapitalismus integrieren. Aber dieser Wille wurde vom Westen systematisch mit solchen Konditionen versehen, dass er, was die Seite der Integration angeht, inzwischen auf eine harte Probe gestellt wird. Russland wurde insbesondere durch die Sanktionen auf einen Weg paralleler kapitalistischer Entwicklung mehr gestossen, als dass es ihn gewählt hätte. Neu ist das aus russischer Sicht freilich nicht: Unter Stalin stand die Sowjetunion vor ähnlichen Herausforderungen, nämlich ihre Modernisierung aus eigener Kraft zu bewerkstelligen. Dass Stalin also heute in Russland differenzierter betrachtet wird, als nur zum «Massenmörder» gestempelt zu werden, muss niemanden wundern.

Eine ganze Reihe von Vorwürfen betrifft die inneren Verhältnisse Russlands. Die Kritik läuft darauf hinaus, dass es in Russland anders zugehe – anders als nicht etwa im realen Leben der kapitalistischen Welt, sondern anders, als es die idealistischen Verbrämungen imperialistischer Politik verlangen. Der Grossteil

dieser Vorwürfe fällt zumindest insofern auf den Westen selbst zurück, als er sie gegenüber Russland – ob sie in der Sache nun berechtigt sind oder nicht – selektiv und damit heuchlerisch erhebt. Sind vielleicht Geschäftsleute, die politischen Einfluss nehmen und ihr Geld steuervermeidend ins Ausland schaffen, eine in der «freien Welt» unbekannte Erscheinung? Es wird so getan, indem man für diese Gruppe ein neues Wort in Umlauf bringt und sie «Oligarchen» nennt. Korruption mag in Russland verbreitet sein – und sie ist sicher vom kapitalistischen Standpunkt aus als Erhöhung der Transaktionskosten unerwünscht, weswegen auf diesem Thema auch ständig öffentlich herumgeritten wird –, aber das Land befindet sich mit einem Hoffnungsträger des Westens auf gleichem Fuss: Der Korruptionsindex von Transparency International – nur einmal als gängige Währung in der Diskussion zitiert, ohne seine Grundannahmen inhaltlich zu hinterfragen – lässt Russland auf Platz 135 und die Ukraine auf Platz 130 vergleichbar schlecht aussehen ¹. Dabei hat sich die Position der Ukraine in den Jahren seit dem Euromaidan nach derselben Quelle nicht etwa verbessert, sondern verschlechtert ², sie ist also nach dieser Dynamik auf dem besten Wege nicht in die «euroatlantische Zivilisation», sondern in Richtung «russischer Verhältnisse». Notorsche Mafiastaaten wie Kosovo oder Montenegro erfreuen sich wohlwollender westlicher Betreuung, letzterer wurde im Jahr 2017 sogar in die NATO aufgenommen, um die Adria zum mare atlanticum zu machen. Korruption stört den Westen also nicht, wenn sie auf der geopolitisch richtigen Seite auftritt.

Die «multipolare Ordnung» wird,
falls sie zustande kommt,
gestützt auf die «Pole» Washington,
Moskau, Peking und vielleicht
Brüssel, ein Dreier- oder
Viererdirektorium werden,
das an die Situation vor dem
Ersten Weltkrieg erinnert.

Eindringen in fremde Computernetze? Kerngeschäft aller Geheimdienste, mit der NSA an der Spitze. Trotzdem fiel Angela Merkel, als das Hacking ihres eigenen Mobiltelefons bekannt wurde, nicht mehr ein, als zu behaupten: Verbündete auszuspionieren, das «geht nun wirklich überhaupt nicht». Doch, Mutti, es geht.

Was undemokratische innere Verhältnisse angeht, so haben der NATO-Partner Recep Tayyip Erdoğan, der mit US-Hilfe an die Macht gebrachte brasilianische Präsident Jair Bolsonaro oder der philippinische Staatschef Rodrigo Duterte mit Sicherheit mehr Dreck am Stecken als Wladimir Putin. Und dass Russland Kriege in seinem Umland führe? Das unterscheidet das Land, selbst wenn es so stimmen würde, wie es behauptet wird, nicht von etlichen Protégés des Westens wie Israel und Saudi-Arabien. Und apropos Saudi-Arabien: Nach dem Fall Jamal Chaschukdschi sollte es eigentlich um die Affäre Skripal im Westen ganz schnell totenstill werden. Der erste Durchgang zeigt also: keine Scheusslichkeit, die der Westen Russland anlastet, die er nicht selbst begeht oder zumindest durchgehen lässt.

Was stört den Westen wirklich an Russland?

Gern wird im Westen behauptet, Russland habe mit der «Annexion» der Krim die «Friedensordnung nach dem Ende des Kalten Krieges» verletzt. Das ist in mehrfacher Hinsicht verlogen. Erstens deshalb, weil nach dem Ende des (ersten) Kalten Krieges keine Friedensordnung eingetreten, sondern das Kriegführen leichter geworden ist. Es standen noch sowjetische Truppen in Ostdeutschland, als die auferstandene Regionalmacht BRD schon die Aufteilungskriege in Jugoslawien nicht nur politisch förderte, sondern die neuen Klientelstaaten gleich noch mit nicht mehr benötigten NVA-Waffen ausstattete. Im Nahen Osten führten die USA schon im Jahr 1991 den ersten Krieg, so wie sie ihn sich vorstellten: selbst provoziert – Saddam Hussein hatte die USA vorab über seine Pläne gegenüber Kuwait informiert und zu hören bekommen, die USA seien in der Frage desinteressiert –, aus einer Position vollständiger Überlegenheit und mit dem Ziel, dem Rest der Welt klarzumachen, wo künftig der Hammer hängt. Ist es Zufall, dass Saddam Hussein ein langjähriger Verbündeter der Sowjetunion war?

Falsch ist die Formel von der «Friedensordnung nach dem Ende des Kalten Krieges» auch insofern, als es ein Euphemismus ist, den nach 1991 eingetretenen Zustand eine «Ordnung» zu nennen. «Ordnung» setzt

jemanden voraus, der ordnet, und jemanden, der sich ein- oder unterordnet und somit die eigene Subalternität anerkennt. Also ein entschiedenes Kräfte- bzw. Unterwerfungsverhältnis. Diese Genugtuung hatte der Westen mit Blick auf Russland nur wenige Jahre in den Neunzigern. Aber das hat ihn auf den Geschmack gebracht. In Russland waren damals Leute an der Macht, die nicht nur unfähig, sondern auch unwillig waren, der Expansion des einstigen Gegners etwas entgegenzusetzen. Ob Michail Gorbatschow im Jahr 1990 wirklich so dumm oder vertrauensselig war, sich das im Zuge der «2 + 4»-Gespräche gegebene mündliche Versprechen, der Westen werde sich über das Gebiet der DDR hinaus nicht nach Osten ausdehnen, nicht schriftlich bestätigen zu lassen, ob ihm angesichts der Wirtschaftsprobleme der sterbenden Sowjetunion keine andere Wahl blieb³ oder ob die Interpretation zutrifft, eine solche Expansion habe damals in Moskau niemand auch nur gedanklich auf dem Schirm gehabt – egal, US-Außenminister James Baker konnte später in seinen Memoiren schreiben, man habe Russland aus Osteuropa «hinausgetrickst»⁴. Die «Friedensordnung von 1991» hat der Sowjetunion und Russland als ihrem grössten Nachfolgestaat eine Niederlage bereitet, die nicht nur materiell, sondern auch bezüglich der politischen Demütigung des unterlegenen Gegners dem nahekommt, was die Gegner des deutschen Kaiserreiches dem republikanischen Nachfolgestaat im Jahr 1919 in Versailles aufzwingen.

Russische Einwände etwa gegen die Förderung der Sezession des Kosovo von Serbien wurden in den 1990er Jahren vom Westen systematisch missachtet; der Moskauer Hinweis, dass dieser Präzedenzfall einer Grenzveränderung ohne völkerrechtliche Grundlage noch schlimme Folgen haben werde, wurde in den Wind geschlagen. Ein paar Regimewechsel später traf es den libyschen Präsidenten Muammar Al-Gaddafi – schon wieder einen der wenigen verbliebenen Alliierten Russlands. Und noch einmal sah Russland dem üblen Spiel aus der Ferne zu, enthielt sich im Sicherheitsrat und protestierte nachträglich. Das war unter dem Präsidenten Dmitrij Medwedjew. Aber die westliche Libyen-Intervention war aus Moskauer Sicht der Rubikon in der Politik gegenüber dem «fernen Ausland»: Noch einmal würde Russland vergleichbaren Alleingängen des Westens nicht tatenlos zusehen.

Solange Russland nur verbal oder symbolisch protestierte, konnte sich der Westen leisten, dies zu ignorieren: so wie im Jahr 1999, als der damalige Ministerpräsident Jewgenij Primakow auf die Nachricht vom NATO-Bombardement Belgrads sein Regierungsflugzeug, mit dem er auf dem Weg nach Washington war, in der Luft umkehren liess. Als 2007 – zwei NATO-Erweiterungsrunden in Osteuropa immer näher an die Grenzen Russlands und die Aufkündigung mehrerer Rüstungskontrollverträge durch die USA später – Wladimir Putin auf der Münchner Sicherheitskonferenz den westlichen Unilateralismus erstmals explizit kritisierte⁵, taten alle westlichen Zuhörer überrascht. Die Kritik Putins klang im Jahr 2007 noch mahrend verbrämt, fast im Ton alter Fürstenspiegel: Die westliche Politik sei unklug und kurzsichtig, weil sie nur Instabilität säe; Weltherrschaft eines Zentrums könne allenfalls vorübergehend existieren. Aber in ihrer Klarheit und ihrem rhetorischen Schliff machte die Rede Geschichte: Die Kritik, unipolare Herrschaft dauere nie ewig, verweist logisch auf Kräfte, die ihr aktiv ein Ende machen.

Russlands aufgenötigter Antiimperialismus

Anderthalb Jahre nach dieser Rede machten russische Truppen im Kaukasus den georgischen Versuch zunichte, die Anfang der 1990er Jahre von Georgien abgespaltene Region Südossetien gewaltsam zurückzuerobern. Der Fünftagekrieg in Georgien war ein Warnschuss gegen die Annäherungspolitik Georgiens unter Präsident Micheil Saakaschwili an die NATO, und er war einer, der sicher nicht nur der Sorge um das Selbstbestimmungsrecht der Südosseten entsprungen war. Immerhin liegt der südliche Ausgang des unter dem Kaukasus-Hauptkamm hindurchführenden Roki-Tunnels in Südossetien. Eine klassische Wer-wen-Frage: Hätte Russland Saakaschwilis Schlag hingenommen, hätte der nicht mehr nur potenzielle Gegner den Nordausgang der Röhre kontrolliert. Trotzdem verzichtete Russland damals auf die endgültige Demütigung Georgiens durch die Eroberung von Tiflis, die niemand hätte verhindern können. Es liess sich auf einen von der EU vermittelten Waffenstillstand ein. Die Warnung sollte reichen.

Doch sie reichte nicht. Der Westen nahm zwar zur Kenntnis, dass weitere Expansionsschritte in Osteuropa nicht mehr so glatt ablaufen würden wie bisher. Verzichtet haben NATO und EU auf solche Versuche deshalb noch lange nicht. Wenige Monate nach der taktischen Niederlage in Georgien fiel der EU etwas Neues ein: eine Politik der «Östlichen Nachbarschaft». Sie zielte darauf, die Länder an Russlands westlicher und südlicher Peripherie auch unterhalb der kritischen Schwelle einer EU-Mitgliedschaft – die EU-intern ohnehin wegen ihrer Kosten nicht durchzusetzen gewesen wäre – an diese anzubinden: Es ging darum, ein «nahes Ausland» Brüssels zu schaffen, eben das, was der Westen Russland seit 1991 stets als Hegemonialpolitik vorgeworfen hatte. Am dramatischsten fielen die Ergebnisse dieser Hegemonialkonkurrenz in der Ukraine aus, die im Jahr 2013 von Brüssel vor die Alternative gestellt wurde, sich für eine Einfluss-sphäre zu entscheiden: EU oder Eurasische Wirtschaftsunion. Die Folgen sind bekannt und müssen hier kein weiteres Mal dargestellt werden. Es reicht festzuhalten, dass der Westen die Beziehungen zu Russland von dem Moment an durch Sanktionen verschlechterte, als Russland sich nicht gefallen liess, was ihm bei weiterer Tatenlosigkeit gegenüber dem verfassungswidrigen Staatsstreich westlich inspirierter Kräfte in Kiew gedroht hätte: der Verlust der Krim als Marinebasis, von der aus die russische Schwarz-

meerküste gesichert, das Schwarze Meer kontrolliert und Macht in den Mittelmeerraum projiziert werden kann. Notfallpläne für diesen Fall lagen sicher schon früher in den Schubladen des Generalstabes in Moskau; im Jahr 2014 wurde diese Karte gezogen. Nebenbei bemerkt: Teil der «Friedensordnung von 1991» – um das Wort ein letztes Mal zu benutzen – war auch die Blockfreiheit der Ukraine und nicht eine Ukraine auf NATO-Kurs. Davon redet im Westen niemand. Das russische Eingreifen in den Syrienkrieg im Herbst 2015 war der nächste Schritt der Demonstration: Mit uns ist wieder zu rechnen. Widerwillig hat der Westen dies zur Kenntnis genommen.

Genau dies, dass Russland der westlichen Expansion nicht mehr nur rhetorischen, sondern auch praktischen Widerstand entgegensetzt, ist der Kern des Konfliktes, und deshalb ist er so prinzipiell und nicht einfach durch einen «Reset» zu beenden. Alles westliche Gerede von «werteorientierter Aussenpolitik» verschleiert dies nur mühsam. Denn «Werte» ist ein Begriff, der in der Aussenpolitik zunächst einmal nichts zu suchen hat – und übrigens auch vom Westen in der eigenen aussenpolitischen Praxis so behandelt wird: maximal als Begleitmusik. Es sei nochmals an solche vom Standpunkt «liberaler Werte» aus nichts als unappetitliche Bündnispartner wie Saudi-Arabien erinnert.

Putin macht sich mit den Machthabern in Riad zwar auch die Finger schmutzig, aber er behauptet auch nicht, werteorientierte Aussenpolitik zu betreiben. Das ist die zynische Ehrlichkeit der russischen Position. Aussenpolitik ist die Sphäre der Interessen, denn in ihr treten sich Subjekte gegenüber, die einander prinzipiell gleich sind. Und zwischen gleichen Rechten entscheidet die Gewalt, wusste schon Hegel ⁶ – mit ihren Abstufungen Erpressung und Kompromiss. Genau zu solchen machtpolitischen Kompromissen sah der Westen keine Veranlassung mehr, als er in den Neunzigern anfang, seine – natürlich faktisch weiterhin interessengeleitete – Aussen-Trotzpolitik als «werteorientiert» zu deklarieren. Natürlich fielen ein paar grüne Heulbojen auf diesen Schmarrn herein, aber was beweist das ausser den Umstand, dass nicht nur Joschka Fischer bei Madeleine Albright – die den Tod einer halben Million irakischer Kinder im Irakkrieg und infolge der US-amerikanischen Sanktionen für «die Sache wert» erklärte – auf dem Schoss sass und sich von ihr in die Praxis des «ethischen Imperialismus» einweisen liess?

Über Werte gibt es nämlich nichts zu diskutieren. Wer seine Werte exportieren will, verhält sich gegenüber dem Rest der Welt so wie im 19. Jahrhundert die europäischen Kolonialmächte, die für sich beanspruchten, «die Zivilisation» nach Afrika zu tragen, und das auch noch als «Bürde des weissen Mannes» bezeichneten. «Werteorientierte Aussenpolitik» ist eine triumphale Formel für den Anspruch, keine entgegenstehenden Interessen mehr gelten lassen zu müssen. Immerhin ist der arroganteste Spruch aus jener Zeit westlicher Hybris, der vom «Ende der Geschichte» (Francis Fukuyama) – denn er impliziert, niemand ausser den etablierten Akteuren könne mehr als historisches Subjekt auftreten, das Kräfteverhältnis sei ein für alle Mal geklärt –, inzwischen in der Versenkung verschwunden. Die Prognose des US-amerikanischen Politikwissenschaftlers hat sich nicht bewahrheitet, eingetreten ist stattdessen das Gegenteil: Multipolarität.

Ein Gespenst geht um ...

Es wird heute viel darüber geklagt, dass sich Russland unter Putin «von Europa abgewandt» habe. Die Ironie besteht darin, dass Putin ursprünglich ein russischer Westler und «Europäer» wie aus dem Bilderbuch war. Nur wurde sein Werben um eine gleichgewichtige Einbeziehung seines Landes in den Westen – oder, was hier dasselbe ist, den globalen Norden – von dessen Seite so oft zurückgewiesen und mit klassischer Hegemonialpolitik erwidert, dass er gezwungen war, Russland zu dem zu machen, was er ursprünglich überhaupt nicht vorhatte: einem «Gegenpol» zum westlichen Unilateralismus.

Wer seine Werte exportieren

will, verhält sich gegenüber

dem Rest der Welt so wie im

19. Jahrhundert die europäischen

Kolonialmächte, die

für sich beanspruchten, «die

Zivilisation» nach Afrika zu

tragen, und das auch noch

als «Bürde des weissen

Mannes» bezeichneten.

Dass auf dieser Grundlage inzwischen in Russland eine «orthodox-slavische Zivilisation» herbeigeredet wird, die Russland kennzeichne und die ihrem Inhalt nach ein konservatives Panoptikum ist, ist Folge und nicht Ursache dieser Entwicklung. Ebenso ist es Folge und nicht Ursache, dass auf dieser Grundlage eine Allianz Russlands mit China herangereift ist; die ersten Schritte dazu hatte übrigens der schon erwähnte Jewgenij Primakow eingeleitet, nicht zufällig ein Asienspezialist. Beide ehemals sozialistischen Grossmächte haben in einem Punkt ein gemeinsames Interesse: nicht von den «alten» Hegemonialmächten USA und EU in ihre Entwicklung hineinregiert zu werden. Dass die Entwicklungsziele dabei durchaus unterschiedlich sind, begrenzt die Reichweite solcher Allianzen – aber erst langfristig. Putin hat Russland die Aufgabe gestellt, sich als kapitalistische Macht unter den ersten fünf Volkswirtschaften der Welt zu etablieren. Das ist ehrgeizig und kann gelingen oder auch nicht. China verfolgt nachholende Entwicklungsziele zu einer «harmonischen Gesellschaft», die dann vielleicht noch Sozialismus heisst, vielleicht aber auch anders, deren Ziele jedoch mit den humanistischen Postulaten des Sozialismus sicherlich eher vereinbar sind als Russlands Konkurrenzehrgeiz. Der Aufstieg Chinas wird inzwischen selbst von seinen Gegnern als Tatsache akzeptiert, auch wenn die immer aberwitziger wirkende Sanktionspolitik der USA darauf abzielt, ihn noch zu verhindern. Es geht den USA darum, die eigene Hegemonie zu sichern, solange das noch geht, und jeden zu «bestrafen» – mit welchem Recht eigentlich? –, der eigene Ambitionen entwickelt: ob Russland, Iran, Nordkorea oder China. Nicht einmal die Bundesrepublik ist von diesem Furor ausgenommen, wenn sie die Frechheit besitzt, russisches Gas zu beziehen. Die VRC hat die kritische Masse an Menschen, Wissen und Kapital – an der Waffenseite arbeitet sie –, um den USA notfalls den Finger zu zeigen. Russland hat Waffen, die die USA zu einem gewissen Respekt zwingen. Der Rest ist offen.

Man soll die «Multipolarität» der künftigen «Weltordnung» nicht unnütz schönreden, wie Russland das tut – nicht nur deshalb, weil sie von ihren «Polen» den politischen Willen erfordert, ein solcher sein zu wollen. Die Entwicklung Brasiliens vom Hoffnungsträger eines neuen Lateinamerikas unter Lula da Silva zu Trumps Speichellecker unter Bolsonaro illustriert das. BRICS ist als politisches Konzept spätestens damit beerdigt. Die «multipolare Ordnung» wird, falls sie zustande kommt, gestützt auf die «Pole» Washington, Moskau, Peking und vielleicht Brüssel, ein Dreier- oder Viererdirektorium werden, das an die Situation vor dem Ersten Weltkrieg erinnert. Ob, wie Russland offenkundig hofft, daraus ein System abgesprochener Interessenausgleiche werden kann, steht allerdings keinesfalls fest. Der Historiker Fritz Fischer hat in seinen Publikationen gezeigt, wie die Befürchtungen der damaligen deutschen Führung, einem späteren Krieg nicht gewachsen zu sein, sie dazu veranlassten, die Entscheidung lieber heute als morgen zu suchen.⁷ Und der Hoffnung, dass die inzwischen erreichten Zerstörungspotenziale insbesondere die vom relativen Abstieg bedrohten Teile dieses Direktoriums veranlassen würden, angesichts des Risikos der Selbstzerstörung vom Mittel des Krieges abzusehen, steht eine weitere Erkenntnis des alten Hegel entgegen: «Was die Erfahrung aber und die Geschichte lehren, ist dieses, dass Völker und Regierungen niemals etwas aus der Geschichte gelernt und nach Lehren, die aus derselben zu ziehen gewesen wären, gehandelt haben.»⁸ Auch die Revolutionen im Oktober 1917 und im November 1918 kamen erst nach dem Krieg.

Quelle: <https://www.hintergrund.de/politik/welt/das-gespenst-der-multipolaritaet/>

Das grösste Elend
 Das grösste Elend der
 Menschen ist nicht ihr
 Streben nach Geld und
 Macht, sondern es ist
 ihre Verkümmernug in
 bezug auf die ehrliche
 Liebe, die Güte und
 die Menschlichkeit.

SSSC, 13. Juni 2011

15.21 h, Billy



WISSEN

23:14 21.06.2019 (aktualisiert 08:08 22.06.2019)

Wissenschaftler von der Schule für Gesundheits- und Sportrecherchen der australischen University of the Sunshine Coast haben eine mögliche Auswirkung der Nutzung von Smartphones auf die menschliche Gesundheit festgestellt. Die Ergebnisse der Studie wurden in den Fachzeitschriften „Journal of Anatomy“ und „Nature“ veröffentlicht.

Wie die Universität in ihrer Mitteilung berichtet, publizierten die Forscher David Shahar und Mark Sayers die der Recherche gewidmeten Schreiben bereits 2016 und 2018. Ein besonderes Interesse erweckte die Studie bei der Öffentlichkeit aber erst im Juni dieses Jahres nach einem Artikel des britischen Fernsehsenders BBC.

Shahar und Sayers analysierten laut der Universität 218 Röntgenaufnahmen von Menschen im Alter zwischen 18 und 30 Jahren. Es stellte sich heraus, dass sich bei 41 Prozent der Studienteilnehmer eine 10 bis 30 Millimeter grosse knöcherne Wucherung am Hinterkopf entwickelt hatte.

Solche grossen „hornartigen“ Knochenwucherungen traten laut Shahar früher nur bei älteren Patienten auf und waren auf eine langfristige Belastung des Skeletts zurückzuführen. Die Ergebnisse seien überraschend gewesen, da es in der Regel Jahre dauere, bis sich solche Wucherungen entwickelt haben.

„Es ist wichtig zu wissen, dass die Knochensporen in den meisten Fällen nur wenige Millimeter messen, und doch haben wir bei der untersuchten jungen Bevölkerung Knochensporen von 10 bis 30 Millimeter gefunden“, zitiert die Universität den Forscher.

Weitere Tests, darunter MRT-Scans und Blutuntersuchungen, schlossen die Möglichkeit aus, dass das Wachstum auf genetische Faktoren oder Entzündungen zurückzuführen war.

Die Ergebnisse sollten Shahar zufolge eine Warnung hinsichtlich einer frühen Entwicklung von Knochen- und Gelenkschäden sein, die durch die schlechte Körperhaltung bei der Verwendung von in der Hand gehaltenen Technologien verursacht seien. Durch Haltungsmodifikationen sollten demnach vorbeugende Massnahmen ergriffen werden.

„Wir vermuten, dass die anhaltende Zunahme der Belastung beim Muskelaufbau darauf zurückzuführen ist, dass sich das Gewicht des Kopfes durch den Einsatz moderner Technologien über einen langen Zeitraum nach vorne verlagert“.

Das Verlagern des Kopfes nach vorne führe dazu, dass das Gewicht des Kopfes von den Knochen der Wirbelsäule auf die Muskeln im Nacken und im Kopf übertragen wird. Die erhöhte Belastung führe dann zu Veränderungen sowohl an den Sehnen als auch an den Knochen, meinen die Forscher.

Mark Sayers betont, dass die Wucherung selbst kein grosses Problem sei. Sie solle vielmehr ein Zeichen für eine anhaltende falsche Haltung sein, die ganz einfach korrigiert werden könnte.

Die Nutzung von Mobiltelefonen sollte aus Sayers Sicht mit einer Neukalibrierung der Körperhaltung in Einklang gebracht werden. Darüber hinaus könnten speziell geformte Kissen verwendet oder Übungen durchgeführt werden, bei denen die obere Brust angehoben werde.

mo

Quelle: <https://de.sputniknews.com/wissen/20190621325285516-smartphones-junge-menschen-schaedel/>

Welches Ansinnen sich hinter dem folgenden etwas seltsamen und irgendwie auf Glauben ausgerichteten Artikel verbirgt, wie auch, was der eigentliche Sinn und Zweck sein soll, das bleibe zur Beurteilung der Leserschaft überlassen.

Friedensbewegung 2.0 Durch Achtsamkeit gelingt es Daniele Ganser, angesichts des politischen Schreckens auf der Welt nicht den Mut zu verlieren.

von [Elisa Gratias](#) Samstag, 22. Juni 2019, 15:57 Uhr

Foto: Ingo Woesner/Shutterstock.com

Am 13. Juni 2019 organisierte Jens Lehrich vom Rubikon in Hamburg einen Achtsamkeits-Workshop mit dem Historiker und Friedensforscher Daniele Ganser. Bei seinen Vorträgen über illegale Kriege und Kriegslügen erwähnt Ganser am Ende immer wieder kurz, wie er sich mit Achtsamkeit davor schützt, dass seine Recherchen und Entdeckungen sowie die Anfeindungen durch Kritiker ihm den Lebensmut rauben. Bewusste Achtsamkeit hilft ihm im Alltag, sich stark zu fühlen. Aus diesem Grund widmeten er und Jens Lehrich diesem Thema einen ganzen Tag. Ein Erfahrungsbericht.

Grüne Bäume säumen die Strassen. Die Sonne scheint und ich fühle mich ein wenig wie ein kleines Mädchen vor dem ersten Schultag. Als ich ankomme, stehen bereits einige Leute vor dem Gebäude, einer von ihnen ist Daniele Ganser.

Seit Monaten freue ich mich auf diesen Tag. Als ich las, dass mein Rubikon-Kollege Jens Lehrich zusammen mit Daniele Ganser einen Achtsamkeits-Workshop veranstaltet, meldete ich mich sofort an, denn ich wollte den Friedensforscher unbedingt einmal persönlich kennenlernen. In seinen Vorträgen erläutert er anschaulich, unaufgeregt und sehr integer die oft unglaublichen Zusammenhänge der jüngeren Geschichte. Er stellt wichtige Fragen und fordert seine Zuhörer zum Selberfragen auf. Ich bewundere seine mutige Haltung gegen die Kriegstreiber unserer Zeit.

Der Veranstaltungsort — ein Gebäude in einem Hinterhof mit lichtdurchfluteten, farbenfrohen Lofts auf drei Etagen, ist gemütlich mit Teppichen auf Sitzbänken, Sofas und Stühlen eingerichtet und sorgt für eine wohlige Wohnzimmeratmosphäre. Nach und nach nehmen die einhundert Teilnehmer ihre Plätze ein. Spannung liegt in der Luft.

Auch nur Menschen

Zuerst ergreift Jens Lehrich das Wort. Er erzählt von seinem Hauptberuf als Comedian, in dem er eine Rolle spielt, die ihm nicht immer leichtfällt. Zum ersten Mal spricht er auch öffentlich über seine persönliche Geschichte, von einer Zeit, in der er „konsumgeil“ viele Schulden anhäufte und sich über Autos und Uhren definierte bis hin zum Wendepunkt, als einer seiner Söhne erkrankte. Seine Stimme stockt. Da steht er nun vor einhundert fremden Menschen und zeigt sich in seiner Verletzlichkeit, die auch ihn selbst zu überraschen scheint.

Das Eis ist gebrochen. Am Ende seiner Einführung spielt Jens Lehrich ein selbst komponiertes Stück auf dem Klavier. Ich spüre, wie in mir etwas zu bröckeln beginnt. Warum bin ich noch einmal hergekommen? Um Daniele Ganser zu treffen? Das erscheint mir nun absurd. Denn darum geht es einem anderen Teil in mir überhaupt nicht. Ich fühle mich genau am richtigen Ort zur richtigen Zeit. Ich komme runter.

Als nun Daniele Ganser ins Mikrofon spricht, sehe ich den Menschen und nicht die öffentliche Person. Er strahlt Gelassenheit und Selbstbewusstsein aus, während er zugleich von eigenen Zweifeln erzählt. Es ist das erste Mal, dass er die Achtsamkeit zum Thema einer Veranstaltung macht, nachdem Jens Lehrich ihn dazu „anstiftete“. Denn am Ende seiner Vorträge über die illegalen Kriege seit der UNO-Gründung spricht er immer wieder davon, wie die Achtsamkeit ihm hilft, bei all dem Schrecken, mit dem er sich beschäftigt, nicht den Lebensmut zu verlieren.

Was ist Achtsamkeit?

Der Beamer wirft ein Bild von einer Schneeflocke an die Wand. „Etwas grüne Natur wäre schöner gewesen“, höre ich meine Gedanken klugscheissen. „Überall in der Natur können wir Symmetrie finden“, erklärt Daniele Ganser. Wenn wir uns vornehmen, Symmetrie in der Natur zu suchen, brechen wir aus unseren Grübeleien und Gedankenmustern aus und beginnen das zu sehen, was um uns herum ist, beschreibt er eine seiner „Techniken“. Eine Brücke ins Hier und Jetzt. Ein praktischer Einstieg in die Achtsamkeit.

Es geht auch darum festzustellen, dass wir unseren Gedanken zuhören können. Dass ein Teil in uns völlig unabhängig von ihnen existiert und sie hören kann, dass wir somit nicht unsere Gedanken sind. Im Laufe

des Workshops lesen verschiedene Teilnehmer Zitate aus Büchern mehrerer Achtsamkeitslehrer vor. Eines von Eckhart Tolle ergänzt diesen Gedankengang:

„Der nächste Schritt in der Evolution des Menschen ist der, über das Denken hinauszugehen. Das ist jetzt unsere vordringlichste Aufgabe. Es bedeutet nicht, dass wir zu denken aufhören sollten, sondern nur, uns nicht vollkommen mit dem Denken zu identifizieren, uns nicht vom Denken vereinnahmen zu lassen“ (1).

Achtsamkeit und die Friedensbewegung

Daniele Ganser verbindet das Thema Achtsamkeit mit seiner Arbeit als Historiker und Friedensforscher. Wie können wir all das Elend ertragen? Wie nicht verrückt und depressiv werden angesichts der Probleme, die vor uns als Menschheit liegen?

Er zeigt Zitate von amerikanischen Politikern, die nach dem 11. September Lügen erzählten, um in Afghanistan und den Irak einmarschieren zu können. Millionen Tote, Krieg und Verwüstung. Mir laufen die Tränen. Meine ständig unterschwellig vorhandene Traurigkeit bricht hervor. Der drohende Krieg gegen den Iran taucht in meinen Gedanken auf. Meine Schwester ist mit einem Iraner verlobt. Am Vorabend waren wir bei seiner Familie essen. Menschen zu kennen, deren Herkunftsland vom Unvorstellbaren bedroht ist, macht die Gefahr spürbarer. Hier geht es nicht um Zahlen — Millionen — sondern um Menschen — Tote und Verletzte, Vertriebene und Traumatisierte.

Die Friedensbewegung wird immer wichtiger — ohne jeden Zweifel. Doch was ich oft beobachte, sind Autoren und Aktivisten, die sich in Machtkämpfen und Rechthaberei verstricken, die ihre eigenen Trigger nicht kennen, sich spalten lassen und Andersdenkenden über den Mund fahren, sie verurteilen und anfeinden.

Genau hier kommt die Achtsamkeit ins Spiel: Jeder Mensch, der zum Frieden in der Welt beitragen möchte, kommt nicht umhin, sein eigenes Verhalten zu beobachten und zu hinterfragen.

Achtsamkeit im Alltag hilft uns dabei, uns selbst friedlicher zu verhalten. Uns nicht mehr spalten zu lassen und vor allem auch, Kraft zu finden.

Wenn wir uns daran erinnern, dass bei all dem Chaos in und zwischen uns Menschen in der Natur stets eine unzerstörbare Ordnung herrscht. Dass auch wir ein Teil dieser Natur sind und in uns eine unzerstörbare Quelle der Stille finden. Wir müssen nur lernen, diese Quelle hinter all den Gedanken und Grübeleien wieder wahrzunehmen.

Dann ist auch Raum für gemeinsames Trauern, für wirkliche Begegnung im Gefühl der Menschlichkeit anstelle eines Aufeinanderprallens verschiedener Ansichten im Eifer getriggelter Emotionen und kopfgesteuerter Überforderung.

Eine neue Bewusstseinssebene

Im Laufe des Workshops meldeten sich viele Teilnehmer zu Wort — erst zögerlich und nach und nach immer mutiger und offener. Persönliche Erfahrungen, Gefühle, Wahrnehmungen wurden preisgegeben und angehört.

Ein Teilnehmer hatte nicht genau auf den Namen der Veranstaltung geachtet und dachte, es würde auch diesmal um Kriegslügen und illegale Kriege gehen. Er wäre nie auf dieses Thema — Achtsamkeit — gestossen und war nun sehr froh, hier zu sein: Es half ihm sehr. Dieser erste Schritt zu merken, dass sein Selbst nicht seine Gedanken sind, sondern dass er ihnen zuhören kann. In der Pause sprach ich ausführlicher mit ihm und war erstaunt über seine Offenheit.

Er hatte lange als Geschäftsführer in einem grossen deutschen Unternehmen gearbeitet und erst vor einem Jahr gekündigt, als dessen Politik mit seinen Werten nicht mehr vereinbar war. Nun hat er vierzig Kühe und sucht nach einem neuen Weg für sein Leben. Er war mit seinem fast erwachsenen Sohn angereist, der ihn erst auf Daniele Ganser gebracht hatte. Und darauf, dass die Dinge nicht so sind, wie sie in unseren Medien berichtet werden. Dieser Mann wachte also im doppelten Sinne auf: zunächst in der „weltlichen Welt“ aus Nachrichten und Politik und nun auch in der <geistlichen> (Anm. FIGU: bewusstseinsmässigen), wo er diese neue Bewusstseinssebene durch verschiedene Übungen entdeckte.

Eine einfache „Achtsamkeitsmethode“, zu der Daniele Ganser uns anregte, bestand darin, in unserem Inneren „Hallo“ zu rufen. Also „Hallo“ zu denken:

„Da Sie die Stimme sprechen hören, sind offensichtlich nicht Sie diese Stimme. Sie sind derjenige, der die Stimme hört. Sie sind derjenige, der wahrnimmt, dass sie spricht.“

Sie hören die Stimme, wenn sie spricht, stimmt's? Bringen Sie sie jetzt dazu ‚Hallo‘ zu sagen. Lassen Sie sie das mehrere Male wiederholen. Und nun lassen Sie es in sich drin rufen! Können Sie sich selbst hören, wie Sie da drin ‚Hallo‘ sagen? Natürlich können Sie das“ (2).

So einfach kann jeder selbst erfahren, dass er nicht seine Gedanken hört, sondern die der Zuhörer.

Ein anderer Teilnehmer erzählt von seiner Zeit als Soldat bei der Bundeswehr. Staunen geht durch den Raum. Da spricht ein Mensch, der wirklich weiss, was Krieg bedeutet, der ihn hautnah erlebt hat.

Er berichtet, dass es Daniele Gansers Vorträge waren, die dazu führten, dass er die Bundeswehr und seine Arbeit als Soldat hinterfragte und letztendlich kündigte. Daniele Ganser ist sichtlich gerührt zu sehen,

wie seine Arbeit das Leben seiner Zuhörer und Leser real beeinflusst. Auf seine Frage, wie die Kollegen des Exsoldaten denken und wie sie diesen Job aushalten, beschreibt er, dass viele nicht hinterfragen möchten, da sie bei der Bundeswehr ein sicheres Einkommen haben, das ihre Familien ernährt. Sie haben Angst — wie jeder Mensch. Existenzängste bringen uns dazu, vieles auszuhalten.

Auch hier hilft die Achtsamkeit, um diese Ängste ins Bewusstsein zu holen, ihnen zuzuhören, sie anzunehmen und nach Lösungen zu suchen, anstatt in das Unbewusste und die Ablenkung zu flüchten und bis zum Burnout weiter für dieses zerstörerische System zu funktionieren, das man selbst gar nicht will.

Ich fühle grosse Dankbarkeit gegenüber diesem Teilnehmer, da er mich daran erinnert, dass auch all diese Soldaten Menschen sind. Wie oft verurteile ich sie in meinem Kopf. Oder anders: Wie oft verurteilen meine Gedanken sie. Wie oft wünschte ich, es würde sich einfach keiner mehr als Soldat melden. Jetzt fühle ich Traurigkeit und Betroffenheit, aber immerhin keine Spaltung mehr zu diesem Teil der Menschheitsfamilie.

Hoffnung und Zuversicht

Am Ende teilen wir unsere Visionen miteinander, in Zweiergesprächen oder am Mikrofon vor allen. Ein junger Mann fand seine Bestimmung darin, etwas gegen den Welthunger zu unternehmen, was ihm im Gefühl der Machtlosigkeit und Depression hilft, neuen Lebensmut zu fassen und seinem Leben einen Sinn zu geben. Andere Teilnehmer möchten sich mehr in Achtsamkeit üben und ihr Umfeld damit anstecken. Manche arbeiten Traumata durch verschiedene Therapieformen auf und stellen sie vor, damit andere inspiriert werden können und wir uns von einer „traumatisierten Gesellschaft“ zu einer gesunden wandeln.

Humorvoll warnt Daniele Ganser jedoch davor, andere Menschen „bekehren“ zu wollen. Natürlich können wir von dem erzählen, was uns hilft, und Impulse geben, aber wenn man dabei nicht achtsam ist, neigt man schnell zu einem überheblichen Ton, der andere eher nervt oder abstösst.

Denn Achtsamkeit kann am Ende nur jeder Mensch für sich selbst entdecken, üben und leben.

„Was ist eure Vision“, fragt eine Stimme aus dem Publikum.

„Mehr Menschlichkeit“, sagt Jens Lehrich. „Die Friedensbewegung mit Achtsamkeit weiter zu stärken“, antwortet Daniele Ganser.

Gegen Ende erzählte der Historiker auch seine eigene Geschichte — von den Ungereimtheiten bei seinen Nachforschungen zu Nine Eleven über den Mut, dank der Ermutigung durch seine Frau, nicht einzuknicken und andere Menschen weiter für diese Ungereimtheiten zu sensibilisieren, bis hin zu den Verleumdungen seiner Person in den Medien. Ohne die Anwendung von Achtsamkeitsübungen, ohne die Beobachtung seiner Gedanken, ohne die Besinnung auf die Ordnung der Natur, die immer gleichzeitig zu all dem Chaos und Schrecken existiert, würde er wohl nicht so gerade und stark vor uns stehen und seinen Weg der Aufklärung über Kriegslügen gehen können.

Der Beamer wirft einen Zeitungsartikel mit den Schreckensbildern vom 11. September an die Wand. Dunkler Rauch, Feuer, Zerstörung, dazu eine hetzerische Überschrift gegen den Schweizer Historiker. Bedrückung macht sich in mir breit. Und dann auf einmal wieder die Schneeflocke. Erleichterung. Diese zarte, klare, symmetrische Schneeflocke. „Welch eine schöne Bildwahl“, flüstern meine Gedanken.

Gestärkte Friedensbewegung

Nach dem Workshop stehen wir alle noch in Grüppchen zusammen und tauschen uns aus. Ich geselle mich zu einer Herrenrunde im Innenhof und staune. Die Männer sprechen über ihre Gefühle, ihre Kindheit, ihre Verletzungen und über die verschiedenen Möglichkeiten, damit umzugehen. Mitgefühl, Zuhören und Vertrautheit herrschen zwischen uns. Überhaupt war ich überrascht, dass ungefähr die Hälfte der Teilnehmer Männer waren. Obwohl die Themen ans Eingemachte gehen, lachen wir und umarmen uns zum Abschied. Ein solcher Umgang miteinander schweisst uns zusammen. Hier fühle ich mich in der Tat als Mitglied einer starken Friedensbewegung.

Auch mit Jens Lehrich und Daniele Ganser setze ich mich noch einmal in Ruhe zusammen, um diesen Tag Revue passieren zu lassen.

„Ich habe mich das erste Mal so auf einer Bühne geöffnet“, sagt Jens Lehrich, „das hat mich ganz schön Überwindung gekostet. Doch ich glaube, es hat dazu geführt, dass diese offene, herzliche Atmosphäre entstand und auch andere ihre persönliche Geschichte erzählten.“

„Bisher habe ich diesem Thema am Ende meiner Vorträge immer nur ein paar Minuten gewidmet“, so Daniele Ganser, „doch ich denke, es ist wichtig, der Achtsamkeit mehr Raum zu geben, um die Friedensbewegung zu stärken.“

Mit seiner Dauer von zehn Stunden allein für dieses Thema war der Workshop ein guter Anfang. Jetzt liegt es an uns allen, die Kraft der Achtsamkeit im Alltag zu nutzen, uns immer wieder darin zu üben und einander als Menschen zu begegnen.

Fazit

Achtsame Menschen sind nicht mehr steuerbar. Wenn wir unser Bewusstsein zentrieren und aufgeklärt sind, ohne uns von unseren eigenen Gedanken und Emotionen lenken zu lassen, können wir selbst friedlich bleiben in all dem Chaos.

Achtsamkeit ist somit das stärkste Werkzeug, das wir haben, um uns immun gegen die Propaganda der Kriegstreiber zu machen. Eine friedliche Revolution durch Achtsamkeit.



Jens Leirich am Klavier. Foto: Dirk Wächter.



Daniele Ganser über Nine Eleven. Foto: Dirk Wächter.



Jens Lehrich, Daniele Ganser und Schneeflocke. Foto: Dirk Wächter.



Daniele Ganser, Elisa Gratias und Jens Lehrich. Foto: Dirk Wächter.

Quellen und Anmerkungen:

Veranstaltungshinweis: Nach dem positiven Feedback der Teilnehmer steht bereits fest, dass der nächste Achtsamkeits-Workshop am Samstag, dem 13. Juni 2020, in Hamburg am selben Ort stattfinden wird.

- (1) Eckhart Tolle, „Stille spricht. Wahres Sein berühren“, Arkana Verlag 2003. Von Daniele Ganser ausgewähltes Zitat aus dem Workshop.
- (2) Michael Singer, „Die Seele (Anm. FIGU: kann wohl nur die Psyche sein) will frei sein. Eine Reise zu sich selbst“, Ullstein 2016. Von Daniele Ganser ausgewähltes Zitat aus dem Workshop.

Quelle: <https://www.rubikon.news/artikel/friedensbewegung-2-0>

Das Kriegsverbrechen Ein Angriff der USA auf den Iran wäre illegal.

von Daniele Ganser Samstag, 22. Juni 2019, 15:59 Uhr

Foto: John_Silver/Shutterstock.com

Ethische Bedenken gegen die aggressive Politik der USA gegenüber Iran sind berechtigt; darüber wird aber leicht vergessen, dass schon die Androhung von Gewalt einen Bruch mit dem Völkerrecht darstellt. Mit jeder Missachtung internationalen Rechts, die die Weltgemeinschaft duldet, stirbt ein Stück Rechtssicherheit. Es herrscht dann nur noch das nackte Recht des Stärkeren. Es ist bekannt, dass die gegenwärtige Eskalation gewollt ist. Aus humanen wie auch grundsätzlichen Erwägungen sollten sich jetzt alle, die Einfluss haben, den Kriegsplänen der USA entschlossen entgegenstellen.

Am 13. Juni 2019 soll der Iran zwei Öltanker im Golf von Oman angegriffen haben, behaupten die USA, ohne Beweise vorzulegen. Betroffen waren die Schiffe Kokuka Courageous und Front Altair. Der Iran wies die amerikanischen Behauptungen als „unbegründet“ und „haltlos“ zurück. UNO-Generalsekretär Antonio Guterres forderte eine unabhängige Untersuchung.

Die USA arbeiten seit Jahren an einer Eskalation gegen den Iran.

Dies obschon das in der UNO-Charta verankerte Gewaltverbot klar sagt: Alle UNO-Mitgliedstaaten „unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede Androhung oder Anwendung von Gewalt“. Ein militärischer Angriff der USA auf den Iran wäre illegal.

Die USA haben die UNO-Charta wiederholt ignoriert. Im Jahre 1953 hat der US-Geheimdienst CIA zusammen mit dem britischen Geheimdienst MI6 die demokratisch gewählte Regierung von Premierminister Mohammad Mossadegh im Iran gestürzt. Das war ein klarer Verstoss gegen das UNO-Gewaltverbot.

Im Mai 2018 sind die USA aus dem Atomabkommen mit dem Iran ausgestiegen und haben neue Sanktionen gegen den Iran verhängt, die nicht nur Ölexporte verhindern, sondern den Iran auch vom internationalen Zahlungsverkehr abgeschnitten haben. Die US-Sanktionen erzeugen derzeit im Iran viel Leid. Bekannt ist, dass John Bolton, der Sicherheitsberater von US-Präsident Donald Trump, auf einen Krieg mit dem Iran drängt.

Der neuste Zwischenfall im Golf von Oman ereignete sich, als der japanische Ministerpräsident Shinzo Abe gerade einen Staatsbesuch in Teheran absolvierte und versuchte, die Spannungen zwischen den USA und Iran abzubauen. Das war daher brisant, weil der Tanker Kokuka Courageous der japanischen Reederei Kokuka Sangyo gehört, die ihren Hauptsitz in Tokio hat. Das Schiff fährt zwar unter der Flagge von Panama und die 21 Besatzungsmitglieder an Bord sind allesamt philippinische Seeleute. Doch das Schiff gehört den Japanern, auch wenn für den Betrieb die Hamburger Reederei Schulte zuständig ist.

Die japanischen Medien haben intensiv über den Zwischenfall berichtet. Wurde der japanische Öltanker Courageous von Drohnen getroffen? In einem englischsprachigen Bericht der japanischen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt NHK sagte Yutaka Katada, der Präsident der Schifffahrtsgesellschaft Kokuka Sangyo, der Angriff sei gemäss den Aussagen der Crew aus der Luft erfolgt: „Ich habe Berichte erhalten, dass sie etwas gesehen haben, das auf sie zuflog, dann gab es eine Explosion und dann gab es ein Loch im Schiff.“ Katada sagte, sein Schiff sei nicht durch eine Mine oder ein Torpedo beschädigt worden. Der Schaden am Schiff sei weit oberhalb der Wasserlinie entstanden.

Auf den vom US-Militär veröffentlichten Fotos sieht man zwei Löcher in der Wand der Courageous. Diese befinden sich ganz deutlich oberhalb der Wasseroberfläche. Torpedos explodieren aber unter der Oberfläche. Auch Haftminen werden von Kampftauchern unterhalb der Wasseroberfläche angebracht, weil ansonsten kein Wasser in das Loch einfließen kann und das Zielobjekt nicht sinkt.

Historische Beispiele, wie ein Schiff mit einer Mine versenkt wird, gibt es viele. Am 10. Juli 1985 haben zum Beispiel Kampftaucher des französischen Geheimdienstes DGSE Haftminen an das Schiff Rainbow Warrior angebracht, das in Neuseeland im Hafen von Auckland vor Anker lag. Das Schiff gehörte der Umweltorganisation Greenpeace, welche gegen die Atomtests von Frankreich auf dem Mururoa-Atoll im Pazifik protestierte. Natürlich ist es illegal, wenn Frankreich ein Schiff in Neuseeland versenkt, das war damals ein Terroranschlag und ein Verstoss gegen das UNO-Gewaltverbot. Das Schiff sank sehr schnell, weil die Haftminen unter der Wasseroberfläche angebracht worden waren.

Das vom US-Militär publizierte Foto von der Courageous ist beschriftet. Zwei rote Pfeile sind zu sehen, sowie der Text „Damage“, was „Schaden“ bedeutet, und „Likely Mine“, was „vermutliche Mine“ bedeutet. Die Erklärung mit der Mine ist aber nicht konsistent mit den Aussagen der Besatzung der Couragous, die von fliegenden Objekten, also einem Luftangriff sprach.

Wer die Medienberichte zum Zwischenfall im Golf von Oman durchschaut, sieht, dass die Geschichte des Pentagons dominiert, und dass die Geschichte der Augenzeugen mit dem Luftangriff wenig diskutiert wird.

Das US-Nahostkommando Centcom hat neben den Fotos auch ein Video in schlechter Qualität veröffentlicht, auf dem zu sehen ist, wie von einem Boot aus ein Gegenstand von einer Schiffsoberfläche entfernt zu werden scheint. Wann und wo das Video aufgenommen wurde, ist für den Beobachter nicht ersichtlich. Das US-Militär behauptet, das Video zeige, wie von der Courageous eine Haftmine entfernt werde. Ob dieser Kommentar zum Video der Wahrheit entspricht, ist unklar.

Der Vorfall im Golf von Oman erinnert an die Geschichte mit den ABC-Waffen, die den illegalen Angriff der USA auf den Irak 2003 auslöste.

In diesem Krieg starben mehr als 1 Million Menschen. Die Geschichte mit den ABC-Waffen stellte sich später als Lüge heraus, und US-Außenminister Colin Powell entschuldigte sich sogar, dass er vor der UNO irreführende Geschichten präsentiert hatte.

Der Vorfall im Golf von Oman erinnert auch an die Tonkin-Lüge, welche 1964 den Vietnamkrieg mit mehr als 3 Millionen Toten auslöste. Damals behauptete US-Präsident Lyndon Johnson, der US-Zerstörer Maddox sei im Golf von Tonkin von vietnamesischen Schnellbooten mit Torpedos beschossen worden. Die USA schickten Bomber über das kommunistische Nordvietnam und landeten mit Truppen in Südvietnam. Erst später stellte sich heraus: Die Maddox wurde niemals von Torpedos getroffen.

Dass die zwei Öltanker am 13. Juni 2019 beschädigt wurden, ist unbestritten. Aber es ist nach wie vor ungeklärt, wie der Schaden erzeugt wurde und wer für die Handlungen verantwortlich ist. Sicher ist: Die Tanker sind nicht gesunken und niemand an Bord starb. Alle Beteiligten sollten daher Ruhe bewahren und auf Deeskalation setzen.



Bildquelle: [US Militär Central Command](https://www.usmilitary.com)

Quelle: <https://www.rubikon.news/artikel/das-kriegsverbrechen>

Brüssel im Machtrausch: Zensur heisst jetzt Faktenprüfung



Titelbild: Sergey Chayko/shutterstock.com



24. Juni 2019 um 8:57 Ein Artikel von [Hannes Hofbauer](#) | Verantwortlicher: [Redaktion](#)

Wer den am 14. Juni 2019 von der EU-Kommission vorgelegten “Bericht über die Umsetzung des Aktionsplanes gegen Desinformation” liest, wird erschreckt feststellen, dass der Aufbau einer EU-weit tätigen Zensurbehörde bereits weitgehend abgeschlossen ist. Demnächst soll, so die noch etwas versteckte Botschaft, die Verbreitung von Informationen, die Brüssel als falsch und gefährlich einschätzt, mit Sanktionen bis hin zu Kontosperrern und Reiseverboten geahndet werden.

Von **Hannes Hofbauer**.

Im Papier der EU-Kommission, für das nebstbei auch die aussenpolitische Speerspitze Federica Mogherini verantwortlich zeichnet, wird der Terminus “Desinformation” als ein Vorgang definiert, der darauf abzielt, “abzulenken und zu spalten, durch die Verdrehung und Verfälschung von Tatsachen Zweifel zu säen und so die Menschen zu verwirren und ihr Vertrauen in die Institutionen und die etablierten politischen Prozesse auszuhöhlen.” Im Visier stehen dabei nicht die grossen meinungsbildenden Medienkonzerne, die tagein, tagaus von Tatsachen ablenken und Wahrheiten verdrehen, dies aber gerade in Hinblick auf die Stabilisierung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse tun. Als zu bekämpfender Desinformant gilt, wer solche in Zweifel zieht und ihre Institutionen aushöhlt.

Für diesen die (Kapital)Herrschaft stabilisierenden Kampf werden Millionen in die Schlacht geworfen, um, wie es heisst, “ein koordiniertes Vorgehen zu schaffen, das voll und ganz mit unseren europäischen Werten und Grundrechten im Einklang steht.” Die als “Task Force für strategische Kommunikation” bezeichnete Behörde wacht mit Hilfe von sogenannten Faktenprüfern über die Einhaltung der wahren, der europäischen Werte.

Im Vorfeld der EU-Wahlen war es der Kommission gelungen, im Rahmen von Kooperationsvereinbarungen den grossen Internetgiganten Google, Facebook, Twitter und – etwas später – Microsoft einen “freiwilligen Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation” abzurufen, nicht ohne im Fall, dass die Ergebnisse bis zum Jahresende 2019 nicht zufriedenstellend sind, mit rechtlichen Schritten zu drohen.

Ein EU-eigenes Frühwarnsystem zum Erkennen falscher Informationen verstärkt zudem seine Zusammenarbeit mit den Organisationen der globalen westlichen Wirtschafts- und Militärstruktur, den “internationalen Partnern wie G7 und NATO”.

Der Feind steht – wie gehabt – im Osten

Im Rahmen der Task Force für strategische Kommunikation agiert das “Strategische Kommunikationsteam Ost” seit März 2015, als es darum ging, eine westliche Diskurshegemonie in der Ukraine-Krise herzustellen. Die verstörenden Bilder von rechtsradikalen Kämpfern am Kiewer Majdan, die mit Brandbomben (und später) Schusswaffen gegen Ordnungskräfte vorgingen, mussten als Sehnsucht nach Demokratie und Freiheit dargestellt werden. Dies war angesichts der Tatsache, dass Berichte russischer Medien in englischer, deutscher, französischer und spanischer Sprache dieser Erzählung entgegenstanden, keine leichte Aufgabe. Der Anfang der EU-europäischen Zensurbehörde wurzelt also in der Ukraine-Krise des Jahres 2014.

Seitdem sind in so gut wie allen EU-Ländern mediale Einsatzkommandos implementiert worden, deren Aufgabe in der Beobachtung und Bekämpfung vornehmlich russischer Medien besteht. Ende 2015 verschärfte die EU dann ihre Gangart, als das Europäische Parlament mit Stimmenmehrheit eine Resolution verabschiedete, die der Task Force freie Hand und mehr Mittel gab. In der Presseaussendung dazu hiess es: „Propagandistischer Druck auf die EU vonseiten Russlands und islamischer Terroristen wächst ständig. Dieser Druck zielt darauf, die Wahrheit zu torpedieren, Angst zu verbreiten, Zweifel zu provozieren und die EU auseinanderzudividieren.“ Dagegen müsse die bereits zuvor gegründete Task Force verstärkt

eingesetzt werden, „um in Wachsamkeit und Erziehung zu investieren“. Frankreichs Präsident Macron doppelte ein knappes Jahr später noch mit der Idee nach, die Verbreitung von falschen Nachrichten unter Strafe stellen zu lassen. Noch ist es nicht soweit, allerdings sind EU-weite Beobachterstellen seit Oktober 2018 eingerichtet und seit März 2019 ein „Frühwarnsystem“ installiert.

Die Datensammler von der Task Force nehmen, wie es auf Seite 3 des Kommissionsberichtes heisst, „anhaltende und ausgeprägte Desinformationsaktivität aus russischen Quellen“ wahr. Die Themenkreise, über die ihrer Meinung nach Desinformation verbreitet wird, sind insbesondere die „Infragestellung der demokratischen Legitimität der Union sowie Debatten über Migration und Souveränität“, mithin: die grossen Brüsseler Schwachstellen. Diese zu verdecken, haben sich die Faktenprüfer zur Aufgabe gemacht. Seit Anfang 2019 (bis Mitte Juni) haben sie, der eigenen Statistik zufolge, 998 „Desinformationsfälle“ aufgespürt, was einer Verdoppelung zum Vorjahreszeitraum entspricht.

Neben der Wahrheitssuche haben es sich die EU-Zensoren zur Aufgabe gemacht, Werbeplatzierungen auf Online-Plattformen zu kontrollieren und gegebenenfalls zu entfernen. Das betrifft einerseits solche, die mit diesen Tricks ihre Klickzahlen erhöhen, andererseits aber auch politisch missliebige Medien. Im Bericht der Kommission liest sich das dann folgendermassen: „Alle drei Online-Plattformen (Facebook Google, Twitter) verstärkten ihre Bemühungen um Erhöhung der Transparenz politischer Anzeigen“; und dann weiter, „Facebook hat zwar, im Gegensatz zu Google und Twitter, die Transparenz auf themenbezogene Werbung ausgeweitet, doch es bestehen Zweifel an der Wirksamkeit.“ Themen, die entsprechend gescannt werden, sind Einwanderung, politische Werte, bürgerliche und soziale Rechte sowie Aussen- und Sicherheitspolitik. Die grossen US-amerikanischen Internetfirmen sind dazu übergegangen, Werbekunden, die ihnen (oder der Europäischen Union) nicht passen, einfach zu verbannen und ihre Konten zu schliessen. RT und Sputnik machten diese Erfahrung mit Twitter bereits Ende Oktober 2017.

Die NATO ist eine Friedensmission. Punkt.

Wenn schon, dann gründlich. Die EU-Kommission dokumentiert jeden einzelnen „Desinformationsfall“. Penibel wird dort die angebliche Unwahrheit, das diese verbreitende Medium und das Ergebnis der „Faktenprüfung“ genannt. Eine Durchsicht der unter „EU vs Disinfo“ abrufbaren Liste zeigt sehr deutlich, worum es dem „EU-Aktionsplan gegen Desinformation“ geht: um die Durchsetzung der Brüsseler Sicht auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Im Fokus der Faktenprüfer steht unter anderem die „russische Nation“. Wenn beispielsweise auf „Sputnik Deutschland“ am 7. Juni 2019 Folgendes berichtet wird: „Der russische Präsident Wladimir Putin hat die Spekulationen über eine mögliche Vereinigung von Russland und Weissrussland zurückgewiesen. Dies kann laut Putin nicht passieren. Von einer Vereinigung der beiden Länder könne keine Rede sein. 'Ich sage Ihnen, warum. Weil die Geschichte sich so entwickelt hat, dass es mit unserem einigen Volk – und ich glaube, dass die Weissrussen, Russen und Ukrainer ein und dasselbe Volk sind, das habe ich mehrmals gesagt – so gekommen ist, dass wir in unterschiedlichen Ländern leben, es haben sich unterschiedliche Staaten gebildet', sagte Putin beim internationalen Wirtschaftsforum in Sankt Petersburg.“ Aus diesem Putin-Zitat nehmen die Faktenprüfer der EU den Halbsatz „ich glaube, dass die Weissrussen, Russen und Ukrainer ein und dasselbe Volk sind“ heraus und schreien: Desinformation! Sie nennen die Sichtweise des russischen Präsidenten ein „pro-Kreml-Narrativ“, das eine „imperiale und irredentistische Ideologie“ widerspiegelt. Damit delegitimieren sie die russische Sicht auf die kulturellen und geopolitischen Verhältnisse und betonen ihren Standpunkt als einzig legitimen. Er entspricht dem wirtschaftlichen Vormarsch der EU und der militärischen Erweiterung der NATO in Richtung Osten, mithin westlichen Integrationsvorstellungen, die parallel zur Desintegration im Osten ablaufen sollen.

Als tags zuvor, am 6. Juni 2019, der Sender „RT.deutsch“ Berlin vorwarf, russische Medien kampagnenmässig zu diskreditieren, riefen die Zensoren der Task Force: Desinformation! Zum Beweis dafür lieferten sie ein Zitat von Regierungssprecher Steffen Seibert, der auf den russischen Vorwurf geantwortet hatte: „Jeder, der so solch absurde Unterstellungen erhebt, weiss wenig über Deutschland und seine Vorstellungen von Pressefreiheit.“ In echt. So sieht Information aus, die sich im Kampf gegen Desinformation bewähren muss.

Und noch zwei harte Brüsseler Faktenchecks, die angebliche russische Desinformationen aufgedeckt haben, zeigen, wohin die Reise mit der Meinungsfreiheit geht. In beiden geht es um die NATO. Am 5. Juni 2019 schrieb sputniknews.org vom „völkerrechtswidrigen Krieg der Nato gegen die Bundesrepublik Jugoslawien ab März 1999“. Die EU-Wahrheitsabteilung reagierte mit: Desinformation! ... und führte wortreich aus, dass der „Hauptgrund für die Nato-Kampagne war, die Gewalt und Repression zu stoppen und Milosevic zum Abzug seiner Polizei und paramilitärischen Truppen zu zwingen“. Und als die italienische Ausgabe von Sputnik eine Woche später, am 10. Juni 2019, meinte, die NATO gefährde mit ihrer militärischen Aufstockung das System globaler Sicherheit, waren wiederum die Wahrheitssucher zur Stelle und riefen: Desinformation!

Von Hannes Hofbauer ist zum Thema erschienen: *Feindbild Russland. Geschichte einer Dämonisierung*. Pro-media Verlag, Wien. Quelle: <https://www.nachdenkenseiten.de/?p=52733>

**Trump:
Wenn es nach meinem Sicherheitsberater Bolton ginge,
würden wir gegen die ganze Welt kämpfen**

24.06.2019 • 12:11 Uhr <https://de.rt.com/1x21>



Quelle: Reuters

Donald Trump hat bestätigt, dass sein oberster aussenpolitischer Berater John Bolton die USA in mehrere internationale Konflikte verwickeln möchte. Doch der US-Präsident besteht darauf, dass er das letzte Wort darüber hat, ob amerikanische Raketen gegen den Iran fliegen sollen.

In einem am Sonntag ausgestrahlten Interview der Sendung "Meet the Press" bei *NBC* fragte Moderator Chuck Todd den Präsidenten, ob er von seinen Beratern "in eine militärische Aktion gegen den Iran gedrängt" werde – vermutlich als Hinweis auf die aggressiven Äusserungen des Nationalen Sicherheitsberaters John Bolton.

Ich habe zwei Gruppen von Leuten: Ich habe Tauben und ich habe Falken", antwortete Trump. "John Bolton ist absolut ein Falke. Wenn es an ihm läge, würde er es mit der ganzen Welt auf einmal aufnehmen, okay?"

Trump räumte weitere Bedenken über den Einfluss Boltons, der während der Regierungen von Ronald Reagan und George W. Bush schon im Weissen Haus gedient hat, aus.

Das spielt keine Rolle, weil ich beide Seiten will", sagte Trump.

Trump verteidigte seine Bilanz der Bewahrung des Friedens. Er hatte sich schon im Jahr 2003 gegen die Invasion des Iraks ausgesprochen. Vor vier Tagen entschied er, einen Angriff gegen den Iran als Reaktion auf einen Drohnenabschuss abzubrechen, weil er nicht "verhältnismässig" gewesen wäre und mit "150 Toten" geendet hätte.

Dies war schon das zweite Mal innerhalb von 24 Stunden, dass Trump gezwungen war, Bolton zu unterstützen. Am Samstag sagte er, dass der Beamte "einen sehr guten Job macht", fügte aber hinzu, dass er "sehr verschiedener Meinung" mit ihm über den Nahen Osten sei.

Bolton selbst verbrachte den Sonntag in Jerusalem. Von dort aus warnte er Teheran davor, "die Vorsicht der USA und die Diskretion nicht mit Schwäche zu verwechseln" und forderte sein Publikum auf, "dran zu bleiben" für die weitere Entwicklung des Patts.

Nach seiner Ernennung im vergangenen Jahr hat Bolton seinen Posten genutzt, um sich für einen Regimewechsel im Iran und in Venezuela einzusetzen. Er gilt als Architekt der verstärkten Versuche, Präsident Nicolás Maduro zu stürzen.

Quelle: <https://deutsch.rt.com/nordamerika/89497-trump-wenn-es-nach-john-bolton-ginge-gegen-ganze-welt-auf-einmal-kampfen/>

Kleiner Fortschritt: Russland erhält Stimmrecht im Europarat zurück

Sott.net Di, 25 Jun 2019 18:32 UTC

Bereits im Januar diesen Jahres gab es Anzeichen von deutscher Seite und dem Generalsekretär des Rates, dass Russland weiterhin im Europarat bleiben soll. Diesem Wunsch wurde nach einer Wahl nun entsprochen und Russland erhält sein verdientes Stimmrecht zurück:

Russland erhält nach fünfjähriger Unterbrechung sein Stimmrecht in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats (PACE) zurück. Das Gremium verabschiedete bei einer Sitzung eine entsprechende Resolution. Der Text wurde in der Nacht zum Dienstag mit einer klaren Mehrheit von 118 zu 62 Stimmen angenommen. Zehn Abgeordnete enthielten sich.

[...]

Die Rückgabe des Stimmrechts an die russischen Abgeordneten ist Aufhebung einer jener ersten Sanktionen, die internationale Organisationen nach dem Jahr 2014 gegen Russland verhängt hatten. Ausschlaggebend für die Rückkehr Russlands war die Initiative Deutschlands und Frankreichs, wohingegen sich die Ukraine vehement dagegen ausgesprochen hatte.

Lawrow nannte es auch einen ersten wichtigen Schritt, die momentane Krise zu überwinden:

Quelle: <https://de.sott.net/article/33557-Kleiner-Fortschritt-Russland-erhalt-Stimmrecht-im-Europarat-zuruck>

Russland: Haben Beweise, dass abgeschossene US-Drohne sich im iranischen Luftraum befand

25.06.2019 • 14:11 Uhr. <https://de.rt.com/1x33>



US AIR FORCE/HANDOUT 3.1K

Russland hat am 25. Juni bekannt gegeben, dass es Informationen darüber hat, dass die vom Iran abgeschossene amerikanische Drohne nicht im internationalen Luftraum flog, wie die Vereinigten Staaten behaupten, sondern nachweislich im iranischen Hoheitsgebiet.

Mehr zum Thema

US-Mauschelei um iranischen Abschuss der 170-Millionen-Drohne.

Im Streit um den Abschuss einer US-Aufklärungsdrohne durch Teheran hat sich Moskau hinter den Iran gestellt. Es gebe Beweise, dass die Amerikaner den iranischen Luftraum verletzt hätten, sagte der russische Sicherheitsberater Nikolai Patruschew am Dienstag bei einem Treffen mit seinen amerikanischen und israelischen Kollegen in Jerusalem. Das Verteidigungsministerium in Moskau habe ihm diese Information weitergeleitet.

Alle Versuche, Teheran als Hauptbedrohung der regionalen Sicherheit darzustellen und den Iran in einer Reihe mit dem IS oder anderen Terrorgruppen zu nennen, sind für uns inakzeptabel, sagte Patruschew der Agentur Tass zufolge. Der Iran sei ein wichtiger Partner und Verbündeter für Russland.

Mehr zum Thema - Iran: USA setzen auf Eskalation und versperren mit neuer Sanktionswelle Weg für diplomatische Lösung

Die seit Monaten andauernden Spannungen zwischen dem Iran und den USA hatten sich Ende der Woche gefährlich zugespitzt. Der Iran hatte am vergangenen Donnerstag eine Drohne abgeschossen. Die USA behaupteten, dass diese niemals in den iranischen Luftraum eingedrungen und über internationalen Gewässern getroffen worden sei. Das US-Militär hatte bereits als Folge einen Schlag gegen Teheran vorbereitet, den Präsident Donald Trump nach seinen Worten aber in letzter Minute stoppte. Am Montag verhängte Washington neue Sanktionen gegen das Land.

Quelle: <https://deutsch.rt.com/der-nahe-osten/89535-russischer-sicherheitsstaatssekretaer-abgeschossene-us-drohne-flog-ueber-iranischen-luftraum/>

Der Grüne Schwindel – Grüne Mehrheit, Grüner Kanzler, Grüne Fassade

KOMMENTARE 12:42 25.06.2019(aktualisiert 13:54 25.06.2019)



Die Grünen können schwindelerregende Wahlergebnisse verzeichnen: Allein bei den EU-Wahlen erreichte die einstige Alternativpartei mit 20,5 Prozent etwa eine Verdoppelung gegenüber der Europawahl vor fünf Jahren und verwies die SPD auf Platz drei in der Gunst jener, die immer noch glauben, dass Wahlen was ändern könnten.

Selbst von der CDU-CSU wanderten 1 240 000 ehemalige CDU- oder CSU-Wähler zur vorgeblichen Öko-Partei. Bei den unter 30-Jährigen, den Wählern der Zukunft, erzielten die GRÜNEN 33 Prozent. Da sehen alle andern Parteien alt aus.

Die wie üblich Mehrheiten erschnüffelnden Medien nahmen in der K-Frage Witterung auf: Der „Stern“ brachte Robert Habeck, den Bundesvorsitzenden der Grünen, mit der Schlagzeile „Unser nächster Kanzler?“ auf die Titelseite, und die Frau des grünen Spitzenduos bekam bei der „Welt“ diesen Leitartikel: „Die nächste Kanzlerin heisst Annalena Baerbock“. Waren die Grünen nicht einst die ungeliebten Schmuttkinder des Medien-Stroms? Doch, klar. Als sie konsequent für die Abrüstung der Republik ein- und noch konsequenter gegen Atomkraft auftraten. Geboren wurde die grüne Partei in der ausserparlamentarischen Opposition, auf den grossen Demonstrationen gegen den Nato-Doppelbeschluss und in den vielen Kämpfen gegen Atomkraftwerke, vom Schleswig-Holsteinischen Brokdorf bis zum badischen Wyhl.

Spätestens seitdem der ehemalige Obergrüne Joschka Fischer, durch eine Menschenrechtslüge getarnt, an der Bombardierung Jugoslawiens führend beteiligt war, sollte der Friedenslack der grünen Partei eigentlich ab sein. Aber die vermeintliche Alternativpartei lernte die Regeln des üblichen Parlamentsbetriebs schnell: Bei Kriegseinsätzen wie dem in Afghanistan reichte häufig ein halbes Nein oder eine stumme Enthaltung zur Wahrung des Scheins. Man war zwar irgendwie dagegen, aber auch ein bisschen dafür, man wollte zwar Wähler und Parteibasis nicht verärgern, aber auch nicht die mächtige USA und deren Platzhalter in den deutschen Medien. Hat geklappt: Immer noch gelten die Grünen als Friedenspartei, irgendwie.

Aber vor allem klappt das grüne Marketing in der Umweltfrage. Erst recht jetzt, wo die Bedrohung durch den Klimawandel jede Menge auch und gerade junge Menschen auf die Strassen treibt, ist das grüne Label bei Wahlen einfach Gold wert. Geradezu vehement erinnert die „Fridays for Future“-Bewegung an die ausserparlamentarische Herkunft des Bündnis 90, und während den üblichen Parteien, zu denen inzwischen auch die „Linken“ zählen, der Ruf der Sitzungsakrobaten und Tagesordnungs-Jongleure vorausschallt, gelten die Grünen immer noch als ziemlich unverbraucht. Und sogar als jung. Was angesichts solcher Jogging-Ruinen wie Joschka Fisher geradezu bizarr komisch wirkt. Nicht nur der aufgeschwemmte Fischer und der saturierte, grüne Ministerpräsident und Daimler-Fahrer Winfried Kretschmann strafen das Etikett des Alternativen, das den Grünen anklebt wie altes Kaugummi, augenscheinlich Lügen.

Eine Art blinder Gläubigkeit an das Umweltbewusstsein grüner Mandatsträger prägt das Wahlverhalten ökologisch orientierter Wähler. Der Verrat der Grünen an ihrer pazifistischen Herkunft mag sich herumgesprochen haben – dass auch ihre ökologischen Wurzeln längst angefault sind, scheint weniger bekannt. Als wäre ihr einst in Hessen beschworener Widerstand gegen den Bau eines dritten Terminals am Frankfurter Flughafen nicht längst auf dem Altar der lukrativen Koalition mit der CDU geopfert. Es waren die Grünen, die als Mitglied der NRW-Landesregierung keinen Finger gegen die Abholzung des Hambacher Forsts gekrümmt haben: Es fährt sich so schön in Dienstwagen. Es kopulierte sich gut im weichen Koalitionsbett mit der SPD.

Doch der wahre Prüfstein ist die Suche nach einem *Atom Müll-Endlager*. Man kann zwar die einstigen Kämpfer gegen die Gefahren der Atomkraftwerke nicht für den Müll der Kernenergie-Industrie verantwortlich machen. Doch längst sitzen die Grünen in einer Reihe von Landesregierungen an den Schalthebeln parlamentarischer Macht. Seit Jahr und Tag werden Endlagerstätten für die hochgiftigen Hinterlassenschaften der Atom-Industrie benötigt. Und seit Jahr und Tag zeigen die möglichen Lager-Regionen mit dem Finger auf andere Gegenden. Zwar herrscht unter Geowissenschaftlern in Deutschland Konsens, dass die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle nur in Salz- oder Tongesteinen erfolgen sollte. Und die Tongesteine der Schwäbischen Alb und Oberschwabens kämen schon infrage. Aber davon will die grün geführte Regierung Baden-Württembergs nichts wissen.

Seit dem Januar 2019 regiert in Hessen eine schwarz-grüne Landesregierung. Die einstigen **Feinde Volker Bouffier (CDU)** und **Tarek Al-Wazir (Grüne)** knutschen seitdem in Frankfurt bis zum Atem- und Politikstillstand. Zwar lagern im hessischen Biblis seit dem 18.05.2006 rund 1400 Tonnen atomaren Mülls. Zwischnlager, kein Endlager. Aber die Koalitionsregierung schweigt: Keine Alternative, keine Initiative. Der smarte Robert Habeck ist seit dem 28. Juni 2017 stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung in einem Kabinett der Jamaika-Koalition des Landes Schleswig-Holstein. In diesem Bundesland liegt der Atom Müll-Standort Brokdorf. Doch weder von der CDU, der FDP noch den Grünen erfährt man Produktives über die Endlagersuche.

Erbgut-Veränderungen, Krebs, Herz-Kreislauf-Erkrankungen: Alles Folgen, die im Atom-Müll lauern. Seit Beginn der Kernspaltung im ersten deutschen Atomreaktor „FRM I“ im Jahr 1957 wurden bis Ende 2007 rund 12 500 000 Kilogramm tödlich strahlender Brennelementmüll erzeugt. Noch kein Kilo Kernbrennstoff wurde entsorgt. Manche radioaktiven Abfälle zerfallen innerhalb weniger Jahre, z.B. Krypton-85: Halbwertszeit 10,76 Jahre. Andere radioaktive Gifte hingegen weisen extrem lange Halbwertszeiten auf: zum Beispiel Jod-129: Halbwertszeit 17 000 000 Jahre. Ins Endlager käme ein Cocktail aus vielen verschiedenen radioaktiven Abfallstoffen. Ein atomares Endlager muss also Sicherheit über viele Halbwertszeiten geben, über Zeiträume, die unser Vorstellungsvermögen sprengen. Es wäre dringend an der Zeit, aktiv gegen die gefährlichen Folgen der Atomindustrie zu werden. Doch wie schon bei der Sicherung des Friedens: Die Grünen verraten ihre eigenen ursprünglichen Ziele durch Wegsehen, Nichtstun und Mitmachen.

Längst im Parlamentarismus angekommen und eingerichtet, wollen die Grünen nicht an ihre ausserparlamentarische Herkunft erinnert werden. So wie es von ihnen keine Initiative aus den Regierungen, in denen sie vertreten sind, für sichere Endlager gibt, so wenig gibt es Impulse für Kämpfe ausserhalb der Parlamente. Die grüne Partei hat ihr bequemes Zwischenlager in den Parlamenten gefunden. Die Grünen haben sich als Schwindel herausgestellt, als Fassaden-Ökologen, als Betrug am Wähler.

Quelle: rationalgalerie.de

Quelle: <https://de.sputniknews.com/kommentare/20190625325309252-gruene-offensive-kommentar/>

Die EU will der Schweiz einen Bären aufbinden

Home /EU-No-Newsletter, News/Die EU will der Schweiz einen Bären aufbinden



[EU-No-Newsletter, News](#) |

27. Juni 2019

Mit dem Rahmenabkommen will uns die EU einen Bären aufbinden. Die Taktik der Befürworter des Abkommens ist eine alt bewährte: Halbwahrheiten und Verschleierungstaktiken sollen uns einlullen. Die extremen Folgen der institutionellen Einbindung in die EU für die Schweiz werden mit Absicht ausgeblendet.

Erleichterung unseres Vermögens

Das Rahmenabkommen mit dem Titel «*Abkommen zur Erleichterung der bilateralen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Schweizerischen Eidgenossenschaft in den Bereichen des Binnenmarkts, an denen die Schweiz teilnimmt*» ist eine einzige Mogelpackung. Die einzige Erleichterung, die dieser Vertrag uns jedoch bringen würde, wäre eine Erleichterung unseres Vermögens! So würden weiterführende Kohäsionszahlungen vorausgesetzt (Präambel Rahmenvertrag und Gemeinsame Erklärung). Zudem werden im Zusammenspiel mit der Personenfreizügigkeit neue Sozialkosten auf uns zukommen. Weitere Bürokratie und Regulierung führen zudem zu höheren Folgekosten für die Wirtschaft. Das Rahmenabkommen wird uns daher in erster Linie viel kosten.

Rechtsunsicherheit für die Wirtschaft

Zusätzlich wäre dieses Abkommen nach Artikel 2 auch für alle zukünftigen Verträge mit der EU anwendbar. Dies schränkt unsere Handlungsfreiheit extrem ein und ist mit viel Unsicherheit für die Zukunft behaftet. Wir wüssten schlicht nicht, was da noch alles auf uns zukommt. Wer die EU als Regulator kennt weiss, dass wir uns da an eine zentralistische und etatistische Institution anketten, die wenig Unternehmertum und Wirtschaftlichkeit kennt. Die automatische Rechtsübernahme wäre da das Tüpfchen auf dem i. Mit dem Rahmenabkommen würde die Schweiz jegliche freie Rechtsprechung freiwillig an Brüssel abgeben. Das ist eine weitere Unsicherheit. Wir wüssten auch hier nicht, was auf uns zukommt.

Folgen des Rahmenabkommens für die Schweiz

Die anfallenden Kosten, die auf die Schweiz zukommen, werden ins Unermessliche steigen. Was jetzt schon absehbar ist, sind die Kosten für die Bürokratie und Sozialausgaben. Unser Staat, die Verwaltung und Kontrollbehörden müssten noch mehr aufgeplustert werden. Unser schlanker Staat, unsere Schweizer Eigenheiten und erfolgreichen Staatssäulen (direkte Demokratie und Föderalismus), also genau das

was uns auszeichnet, würde somit zunichte gemacht. Unsere Standortvorteile und unsere Kultur würden unterhöhlt. Deshalb müssen wir diesen Unterwerfungsvertrag mit allen Mitteln verhindern.

Komitee Nein zum schleichenden EU-Beitritt

Quelle: <https://eu-no.ch/die-eu-will-der-schweiz-einen-baeren-aufbinden/>

Hans-Georg Maassen – ein Freund deutlicher Worte

Veröffentlicht am 2. Juli 2019. Juli 2019

VON DANIEL MATISSEK

Hans-Georg Maassen ist seit seiner unrühmlichen Demission als Verfassungsschutzpräsident ein Freund deutlicher Worte. Bei einer Veranstaltung der Werte-Union in Weinheim rechnete er mit dem politischen Zeitgeist, insbesondere mit der Flüchtlings und Zuwanderungspolitik ab, die Deutschland – wie sich Tag für Tag deutlicher zeigt – nicht nur immer mehr Probleme aufbürdet, sondern final aus den Angeln heben wird.

Dabei sagte Maassen den folgenden Satz: *“Ich bin vor dreissig Jahren nicht der CDU beigetreten, damit heute 1,8 Millionen Araber nach Deutschland kommen.”* An dieser Aussage ist nichts verwerflich und auch nichts verkehrt (davon abgesehen, dass es wohl deutlich mehr als 1,8 Millionen Araber sind, respektive durch Familiennachzug und Geburtenentwicklung noch sein werden). Insgeheim wird ein Grossteil der Deutschen Maassens mulmiges Gefühl wohl sogar teilen, wenn sie sich die dramatische Veränderung der Innenstädte in nur wenigen Jahren, die allmähliche ethnische Verschiebung und die schleichende Orientalisierung des öffentlichen Raums vorurteilsfrei vor Augen führen.

Doch alles, was über das genannte Zitat (wie auch schon über frühere Äusserungen Maassens) zu lesen ist, hat allein die angeblich “entsetzten Reaktionen” zum Gegenstand, die seinen “offenen Rassismus” rügten und ihn “endgültig als Rechten” entlarvten, wie etwa “Focus Online” dies voller Abscheu tat. Inhaltlich wird mit keinem Iota auf seine geäusserten Sorgen, auf seine durchaus faktenbasierten Einwände, auf seine Kritik am fatalen Kurs zwischen achselzuckender Hinnahme und proaktiver Beförderung ungesteuerter Migration eingegangen. Stattdessen zitieren die verantwortlichen Redakteure, ihren eigenen Schaum vorm Maul verdauend, aus den Niederungen des Internets, wo Maassen und andere “Rechte” auf eine Art und Weise durch die Mangel gedreht werden, die fassungslos macht.

In der Tat; Wer dieser Tage die Kommentarspalten auf Facebook oder Twitter unter einschlägigen Posts und Meldungen verfolgt, verliert den Glauben an die Meinungsfreiheit, an Deutschland und an die Menschheit – in dieser Reihenfolge. Wie hier inzwischen nicht mehr nur bestimmte Personen oder dezidierte Einzelmeinungen angegangen, sondern komplette Denkschulen und schlüssige Sichtweisen für toxisch erklärt und mit Kampfbegriffen belegt werden, ist mehr als bedenklich. Es trieft vor Intoleranz, und sie diffundiert aus der Online- hinein in die Offline-Welt. Ein beträchtlicher Teil des legitimen – und in der Demokratie sogar erwünschten – Meinungsspektrums wird mittlerweile mit gesinnungsdiktatorischen, man könnte auch sagen: faschistischen, Methoden von der gesellschaftlichen Debatte ausgeschlossen.

Da wird die Redaktion von “Hart aber fair” angefeindet, weil sie den rheinland-pfälzischen AfD Fraktionsvorsitzenden Uwe Junge gestern in die Talkrunde einlud – einen “Rassisten”, “braunen Hetzer”, “Rechtsradikalen”, was sonst. Junge ist nichts von alledem, die ihm aufgepappten Attribute stehen für Gesinnungsabgründe, die – zum Glück – so gut wie niemand in der AfD vertritt. Trotzdem schäumt der Mainstream über, weil die ARD diesmal vor dem linkskonformen Mob erstaunlicherweise nicht einknickte und Junge nicht sogleich wieder auslud: Haltungsmedien im Netz wie Focus Online und vor allem T-Online drückten ganz unverhohlen ihr Befremden hierrüber aus – unter anerkennender Berufung auf besonders abstossende Beispiele getwitterter, echter Hassrede seitens einiger User. Nicht der Versuch wird hier also problematisiert, die ohnehin in deutsche Talkshows lachhaft unterrepräsentierte AfD auch noch von jenen Themenrunden auszuschliessen, bei denen es primär um sie als Beschuldigten geht; nein, den eigentlichen Skandal erblickt man darin, dass man ihre Vertreter überhaupt noch vor die Kamera lässt. “Diskutieren” dürfen sollen am Ende nur noch die Guten und Gerechten, der nicht-linksaffine Rest besteht aus entweder Rassisten und Rechtsextremen – oder aus liberal-konservativen Zeitgenossen, die natürlich eine bedenkliche, gefährliche “Nähe” zu diesen Rassisten und Rechtsextremen aufweisen und diese so “salonfähig” machen.

Natürlich weiss jeder, der sich einen Rest von Anstand und pluralistischer Streitkultur bewahrt hat, dass der hyperinflationäre Gebrauch der Rassismus- und Nazikeule nicht nur hochgradig unterkomplex und bescheuert ist, sondern praktisch all die Schrecken verharmlost, für die diese Begriffe einst standen. Dennoch werden diese Totschlagetiketten seit Jahren mit weiterhin zunehmender Tendenz munter in die Runde geworfen – neuerdings verbunden mit der Forderung ans öffentlich-rechtliche Fernsehen, “Feinden der Demokratie” kein Podium zu bieten. Längst geht es nicht mehr um das, was der politische Gegner womöglich zu sagen hat; nein, dass er überhaupt noch etwas sagen darf, wird zur Zumutung erklärt. “Den (Rechten/Rechtsextremen/Rechtsradikalen/Nazis, Zutreffendes bitte ankreuzen)

keine Plattform bieten“, so nennt sich diese perfide Ausgrenzungsmasche. Die Evangelische Kirche hat sie gerade erst erfolgreich praktiziert, als sie die AfD vom Dortmunder Kirchentag auslud. Der fatale Nebeneffekt dieser zunehmend unerbittlicheren Dauer-Rektifizierung mit Hang zur Denunziation ist eine wachsende Schweigespirale. Die Deutschen achten wieder ganz genau darauf, wem sie was anvertrauen und vor allem: in welcher Umgebung sie das tun. Es wird wieder geflüstert, argwöhnisch umhergeblickt, wer womöglich zuhört. Man muss wieder Angst davor haben, das Falsche oder Missverständliche zu sagen. Noch ist Deutschland natürlich kein Unrechtsregime, keine Diktatur. Aber ein Land beginnt gefährlich zu werden, wenn sich dieser Trend fortsetzt. Zwischen den beiden bisherigen Diktaturen, die auf deutschem Boden Unfreiheit gestiftet hatten, und der heutigen Entwicklung besteht jedoch ein Unterschied: Sowohl im Dritten Reich als auch in der DDR bedurfte es eines monströsen staatlichen Repressionsapparates, um die Menschen auf Kurs zu bringen. Das ist diesmal anders: Heute sind fast nur noch Überzeugungstäter am Werk, die das Werk der Diskriminierung und Ausgrenzung zuvor identifizierter Staats- oder Volksfeinde in Selbstorganisation verrichten. Diese Medien müssen gar nicht „gelenkt“ werden, die Schüler und Studenten gar nicht eingeschüchtert, die Normalbürger nicht überwacht oder bespitzelt werden. Sie sind in ihrer Mehrzahl ganz freiwillig „auf Kurs“ – im festen Glauben an den moralischen Endsieg. Wahrheit und Realität werden ihnen am Ende nicht minder schwer um die Ohren fliegen.

Quelle: <https://vera-lengsfeld.de/2019/07/02/hans-georg-maassen-ein-freund-deutlicher-worte/>

Schleusertum und Selbstjustiz: Der Kampf der Gutmenschen gegen die Rechtsordnung

Veröffentlicht am 3. Juli 2019. Juli 2019

VON RAMIN PEYMANI AUF LIBERALE WARTE

Schlepper sind Straftäter. Da kann es keine zwei Meinungen geben. Und tatsächlich hat sich Europa vor Jahren dem Kampf gegen die Schleuserkriminalität verschrieben. Inzwischen ist davon aber nicht mehr viel übrig geblieben. Zumindest nicht auf dem Mittelmeer.

Dreieinhalb Jahre lang patrouillierten Militärschiffe der EU-Staaten im Rahmen der Operation „Sophia“ vor der libyschen Küste. Ihre Aufgabe war es, Schlepperboote aufzuspüren, zu entern und die Besatzung festzunehmen. Dabei wurden die an Bord befindlichen Migranten aufgenommen und ans europäische Festland gebracht. Im März 2019 wurde die Mission eingestellt. Offiziell vor allem, weil Italien die Aufnahme der „geretteten“ Migranten verweigerte. Allerdings war „Sophia“ ein voller Erfolg: Kamen laut der Internationalen Organisation für Migration 2015 noch mehr als 1 Million Migranten aus Nordafrika über das Mittelmeer nach Europa, waren es ein Jahr später gerade noch rund 380 000. Bis 2018 war diese Zahl auf weniger als 117 000 gesunken. Für das erste Halbjahr des laufenden Jahres wurden gar nur noch knapp 28 000 Menschen gezählt. Mit dem Trockenlegen der Transportrouten ging eine kontinuierliche Reduzierung ertrunkener Migranten einher, von mehr als 5600 im Jahr 2016 auf rund 600 im ersten Halbjahr 2019. Auch dies sollte man bei aller Betroffenheit über den Verlust jedes einzelnen Menschenlebens als klaren Erfolg werten. Stattdessen erwecken Grüne, Linke und die einschlägigen Nichtregierungsorganisationen den Eindruck, erst die völlige Öffnung aller europäischen Grenzen verhindere weitere Tote.

Wie zweifelhaft die privaten „Rettungsmissionen“ sind, offenbaren die Konfrontationen der „Sea-Watch“-Schiffe mit der libyschen Küstenwache

Um dieser Ideologie zum Durchbruch zu verhelfen, kreisen seit 2015 Schiffe des Berliner Vereins „Sea-Watch“ vor der Küste Libyens. Mit ihrer Hilfe können Migranten schon nach wenigen Seemeilen vom Schlepperboot umsteigen, um sich in einen europäischen Hafen befördern zu lassen. Anders als der erste Teilabschnitt, ist die Weiterfahrt dabei kostenlos. Mehrfach hat Italiens Regierung auf dieses Problem aufmerksam gemacht, bisher aber vergeblich auf europäische Rückendeckung gehofft. Eine gemeinsame Asylpolitik, die das Asylrecht schützt und Missbrauch eindämmt, liegt in weiter Ferne – allen Lippenbekenntnissen und Schaufenstervereinbarungen zum Trotz. Wie zweifelhaft die privaten „Rettungsmissionen“ sind, offenbaren die Konfrontationen der „Sea-Watch“-Schiffe mit der libyschen Küstenwache. Unter anderem starben bei einem Gerangel um die Aufnahme von Schiffbrüchigen am 6. November 2017 mehr als 50 Migranten. In der Folge wurde die „Sea-Watch 3“, das aktuelle Schiff des Vereins, mehrfach festgesetzt, zuletzt von Malta im Juni 2018. Erst im Oktober durfte das Schiff wieder auslaufen. Im Januar 2019 versuchte der damalige „Sea-Watch“-Kapitän mit einer Klage die Einfahrt in einen italienischen Hafen zu erzwingen, blitzte jedoch beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ab. Im Mai setzte sich die Besatzung der „Sea-Watch 3“ dann über das von Italiens Regierung ausgesprochene Verbot hinweg, in italienische Hoheitsgewässer einzudringen. Das Schiff wurde daraufhin für zwei Wochen beschlagnahmt. Nun macht „Sea-Watch“ erneut Schlagzeilen – und fordert den Rechtsstaat einmal mehr heraus.

Bis zu zehn Jahre Haft drohen der Kapitänin nach dem Rammen eines italienischen Patrouillenbootes wegen Widerstands und Gewaltanwendung

In einem nächtlichen Manöver legte die deutsche Kapitänin der „Sea-Watch 3“ trotz Androhung einer Geldstrafe im Hafen von Lampedusa an. Dabei rammte sie ein italienisches Patrouillenboot, das dies zu verhindern versuchte. Das Hinwegsetzen über geltende Gesetze erscheint umso ruchloser, als sich zu diesem Zeitpunkt – wie stets in der Vergangenheit – bereits eine Lösung zur Aufnahme der 40 an Bord befindlichen Migranten abgezeichnet hatte: Portugal, Luxemburg, Frankreich und Deutschland standen längst parat. Offenbar ging es der „Sea-Watch“-Besatzung nicht um eine „Rettung“, sondern darum, die Lage einmal mehr eskalieren zu lassen, um ihrem Anliegen Geltung und grösstmögliche Aufmerksamkeit zu verschaffen. Bis zu zehn Jahre Haft drohen der Kapitänin nach dem Rammen des Patrouillenbootes wegen Widerstands und Gewaltanwendung. Ihr werden zudem Beihilfe zur illegalen Einwanderung und die Verletzung italienischer Hoheitsgewässer vorgeworfen. Angesichts dessen ist man fassungslos, dass sich Ex-Bundesjustizminister Maas zu der Aussage verstieg, „Seenotrettung“ dürfe nicht „kriminalisiert werden“. Tatsächlich verfolgt die Justiz nämlich nicht die Aufnahme der Migranten im Mittelmeer, sondern das Hinwegsetzen über geltendes Recht. Den unerhörten Akt der Selbstjustiz verteidigte auch Bundespräsident Steinmeier. Und die Evangelische Kirche verteufelte die Strafverfolgung durch den italienischen Rechtsstaat gar als „Schande“. Lange vorbei sind die dunklen Jahre, in denen Deutschland Europa von Berlin aus das Recht mit Unrecht austrieb. Die Gutmenschen und ihre Helfer sind dabei, dieses Schreckgespenst wiederauferstehen zu lassen.

Quelle: <https://vera-lengsfeld.de/2019/07/03/schleusertum-und-selbstjustiz-der-kampf-der-gutmenschen-gegen-die-rechtsordnung/>

„Wahrer Flächenbrand“: Offener Brief an SPD – Konfliktforscher warnt vor Iran-Krieg

08:03 03.07.2019(aktualisiert 08:52 03.07.2019)



Der deutsch-iranische Politologe Professor Massarrat warnt in einem offenen Brief an die SPD-Spitze vor den „verheerenden Folgen“ eines Krieges mit dem Iran. Im Sputnik-Interview fordert er von der Bundesregierung ein sofortiges Verbot der Nutzung von US-Militäreinrichtungen für den drohenden Iran-Krieg. Eine letzte Chance, den Krieg zu verhindern?

Die Bundesregierung sei verpflichtet, „schon jetzt gegen den drohenden Iran-Krieg zu intervenieren, bevor die Kriegsmaschinerie in Gang gesetzt wird und bevor es zu spät sein könnte, eine neue Katastrophe zu verhindern“, fordert der Politikwissenschaftler Prof. Dr. Mohssen Massarrat vom wissenschaftlichen Beirat von „Attac“ in einem offenen Brief an die Parteienspitze der SPD. Am Montag wurde der Brief auf der Online-Plattform „Nachdenkseiten“ veröffentlicht. Darin spricht er der Bundesrepublik – der „stärksten Wirtschaftsmacht in der EU“ – eine „friedenspolitische Verantwortung“ und eine „strategische Schlüssel-funktion“ in der Verhinderung des drohenden Iran-Krieges zu. Das führt er unter anderem auf die „starke Abhängigkeit der USA von ihren für den Iran-Krieg logistisch wichtigen Militäreinrichtungen auf deutschem Boden“ zurück.

Daher müsse die Bundesregierung schon heute „unmissverständlich öffentlich“ erklären, „dass sie sich weder direkt noch indirekt an einem US-Krieg gegen Iran beteiligen und darüber hinaus auch den USA – gemäss dem eigenen Grundgesetz, das einen Angriffskrieg von deutschem Boden aus verbietet – die Nutzung der US-Militäreinrichtungen für den Iran-Krieg untersagen wird“, betont Professor Massarrat.

Die SPD-Spitze trage eine hohe politische Verantwortung, aber auch die historische Chance, sich auf eine „SPD als Friedenspartei“ zu besinnen und die Bundesregierung zu einer klaren Antikriegsposition zu bewegen. Zwar würde Deutschland dabei mit den Nato-Verträgen und den bilateralen Abkommen in Konflikt geraten. „Das eigene Handeln, sich von diesen nicht zu leugnenden Konflikten leiten zu lassen, käme jedoch einer politischen Denkblockade gleich, zumal die USA sich ganz offen und ohne jeden Skrupel über das Völkerrecht stellen, wichtige diplomatische Errungenschaften wie das Iran-Atomabkommen mutwillig in den Papierkorb werfen, die fundamentalen Interessen ihrer eigenen Verbündeten missachten“, unterstreicht der Politologe.

„Gefahr eines neuen US-Krieges“

„Die Gefahr eines Krieges der USA gegen den Iran ist immer grösser geworden. Spätestens seit der US-Präsident am 21. Juni der Weltöffentlichkeit bekanntgab, dass er einen Vergeltungsschlag anlässlich des Drohnenzwischenfalls in der Strasse von Hormus zehn Minuten vor dem Start gestoppt habe, müssen wir davon ausgehen, dass die USA einen Krieg gegen den Iran nicht in Erwägung ziehen, sondern inzwischen sehr ernsthaft vorbereitet haben“, schreibt Massarrat in seinem Brief.

Darin macht er auf die „zunehmende Gefahr eines neuen US-Krieges im Mittleren Osten und die verheerenden Folgen für die gesamte Region, für Europa und die Welt“ aufmerksam: „Die reguläre iranische Armee und vor allem die iranischen Revolutionsgarden werden auf einen US-Bombenangriff auf iranische Atomanlagen und Militäreinrichtungen aller Wahrscheinlichkeit nach zu einem asymmetrischen Gegenangriff übergehen und nicht nur die Strasse von Hormus blockieren, sondern auch die Ölanlagen (Ölquellen, Pipelines, Ölverladehafen) in Saudi Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten zerstören, selbst wenn diese eben genannten Staaten zunächst aus taktischen Gründen Zurückhaltung üben und sich am Krieg nicht beteiligen.“ Damit befürchtet der Ökonom „sehr wahrscheinliche“ Folgen für die Weltwirtschaft durch eine globale Energieversorgungs Krise.

Weiterhin erwartet der Nahostexperte ein „Gemetzelt vor allem unter der Zivilbevölkerung“ und warnt vor „Millionen Kriegsflüchtlingen“ aus dem Iran in Richtung Europa. Im Fall einer Eskalation würde die mit dem Iran engverbündete libanesische Hisbollah mit Kurzstreckenraketen Tel Aviv angreifen, „selbst wenn Israel – ebenfalls wie Saudi Arabien – zunächst aus taktischen Gründen Zurückhaltung übe“. Darin sieht der Nahostexperte die Gefahr, „dass ein in Bedrängnis geratenes Israel dazu übergehen könnte, von seinem Atomarsenal gegen die schiitische Bevölkerung im Libanon, aber auch gegen iranische Städte, Gebrauch zu machen“. „Alles in Allem würde die Welt mit einem wahren Flächenbrand in einer der instabilsten Regionen und durch den Zerfall einer Reihe von Vielvölkerstaaten auf Jahrzehnte mit zusätzlichen Instabilitäten konfrontiert werden, der den Staatszerfall im Irak, Libyen und Syrien bei weitem in den Schatten stellt“, erklärt der Politologe.

„USA verletzen Völkerrecht“

Die US-Regierung habe das Völkerrecht sowohl durch die Aufkündigung des Iran-Atomabkommens als auch durch die Androhung eines Angriffskrieges massiv verletzt. „Auch durch ihre umfassenden Wirtschaftssanktionen gegen den Iran verletzen die USA das Völkerrecht, weil sie andere Staaten dazu zwingen, ebenso das Völkerrecht zu brechen, und weil sie zudem die iranische Bevölkerung für die Durchsetzung ihrer politischen Ziele in Geiselnahme nehmen“, verdeutlicht der Experte in seinem Schreiben.

Gerade weil innerhalb der US-Führung die letzte Entscheidung noch nicht gefallen sei, weil es ein „Lager der Vernunft“ gebe, „gilt es diese Lager von Europa aus zu stärken“, rät Massarrat im Sputnik-Interview. Die Bundesregierung müsse sich klar gegen den Krieg aussprechen – „nicht ja, aber“. Die Regierung müsse klar machen, dass sie der US-Armee untersagt, US-Einrichtungen für Angriffe auf den Iran auf deutschem Boden zu nutzen, „die unvermeidlich sein werden“, so der Politikwissenschaftler. Die Ramstein Air Base werde die „Drehscheibe eines solchen Kriegs“ aus verschiedenen logistischen Gründen sein. Doch das verstosse gegen die Verfassung und das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, ist der Friedensforscher überzeugt: „Hier hätte die Bundesrepublik ein sehr wichtiges, juristisches und moralisches Argument, um klar Stellung zu beziehen. Wenn das alles passieren würde, hätten wir durchaus die Chance den Krieg zu verhindern.“

Die Bundesregierung habe sich in ihren Gedanken eine „Selbstblockade“ auferlegt, meint der Wissenschaftler. Die Regierung sei deshalb so zurückhaltend und passiv, weil sie glaube, möglicherweise gegen die Nato-Verträge zu verstossen. „Wo sind wir denn hier?“, empört sich der 77-jährige. „Die USA verletzen sämtliche globalen Verträge. Sie haben das Völkerrecht mehrfach im Zusammenhang mit dem Iran und den Sanktionen verletzt. Sie halten sich überhaupt nicht an Verträge. Sie halten sich an Verträge, die ihnen nützen“, kritisiert der Konfliktforscher. Hier müsse Europa diese Herausforderung annehmen und

das Risiko in Kauf nehmen, durchaus in einen Konflikt mit den USA im Zusammenhang mit den Nato-Verträgen zu kommen.

Der emeritierte Professor für Politik und Wirtschaft mit den Forschungsschwerpunkten Naher- und Mittlerer Osten wurde in Teheran geboren. Bis 2008 lehrte er an der Universität Osnabrück und ist Autor des Buches „Iran: Krieg oder Frieden?“.

Quelle: <https://de.sputniknews.com/politik/20190703325368387-konfliktforscher-warnt-vor-iran-krieg/>

Lösungen finden

Nur dann, wenn sich
der Mensch Aufgaben
stellt sowie Lösungen
dafür findet, vermag
er sich Fortschritt und
Erfolg zu erschaffen.

SSSC, 15. Januar 2012

23.53 h, Billy

Fortschritt

Erfolg und Fortschritt
erwachsen immer nur
daraus, wenn gewiegte
Menschen das Wahre
tun, das fortschrittlich
getan werden muss.

SSSC, 16. Januar 2012

00.22 h, Billy

IMPRESSUM

FIGU-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Redaktion: BEAM <Billy> Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internetz veröffentlicht

Erscheint zweimal monatlich auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3

IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: <http://shop.figu.org>



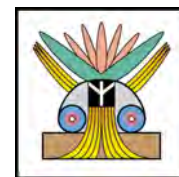
© FIGU 2019

Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders

angegeben, lizenziert unter :

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

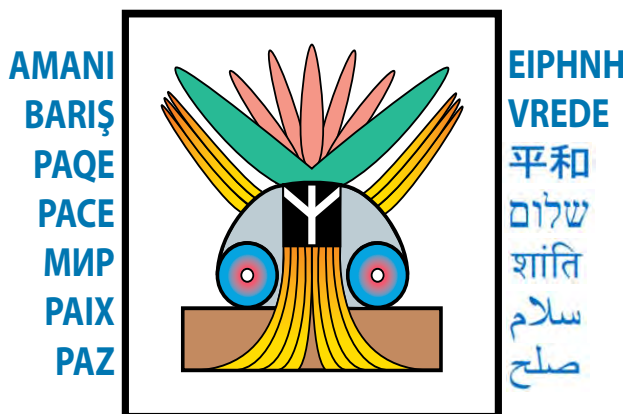
Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, <Freie Interessengemeinschaft Universell>, Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols

Es soll FRIEDEN sein auf Erden
And there shall be PEACE on Earth



FIGU.ORG

FIGU, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti
Schweiz/Switzerland Tel. +41 (0)52 385 13 10

Das Friedenssymbol

Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete «Todesrune», die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die «Todesrune» bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben sowie auch Ambitionen in bezug auf Krieg, Terror, Zerstörungen menschlicher Errungenschaften, Lebensgrundlagen sowie weltweit bösen Unfrieden.

Deshalb ist es von dringlichster Notwendigkeit, dass das falsche Peacesymbol, die «Todesrune», aus der Welt verschwindet und das uralte sowie richtige Friedenssymbol in aller Welt verbreitet und bekannt gemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren und aufbauend sowie sehr besänftigend wirken und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der «Todesrune», die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Grössen der Kleber:

120 x 120 mm = CHF 3.–
250 x 250 mm = CHF 6.–
300 x 300 mm = CHF 12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU

Semjase-Silver-Star-Center
Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, www, Tel., Fax:

info@figu.org
WEB.FIGU.ORG
Tel. +41 (0)52 385 13 10
Fax +41 (0)52 385 42 89